

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Versprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteindorf, Ostau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Kohlrauer

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Vettzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“ „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 260

Bad Schandau, Montag, den 7. November 1927

71. Jahrgang

## Die Denkschrift des Reparationsagenten

Befürchtungen für die Finanzen des Reiches

### Parler Gilberts Eingreifen.

Veröffentlichung der Dokumente.

Das Geheimnis ist gelüftet. Die seit Wochen durch die deutsche Innenpolitik spulende Denkschrift des Generalagenten für Reparationszahlungen Parler Gilbert ist veröffentlicht worden. Man hat eingesehen, daß die im Anfang anscheinend beabsichtigte Geheimhaltung schädlicher gewirkt hat als die offene Bekanntgabe, die vielleicht sofort hätte erfolgen sollen, um den zahllosen Legendenbildungen und den dadurch bedingten Sündenrissen im Fortgang der Gesetzgebungsarbeiten den Boden abzugraben. Die große Unsicherheit, die sich namentlich in bezug auf die Besoldungsreform für die Beamten und das Verhältnis des Reiches zu den Ländern entwickelt hat, wäre vermieden worden oder zumindestens nicht so stark in die Erscheinung getreten, als es nun doch der Fall gewesen ist. In einem Schreiben vom 20. Oktober kündigt der Generalagent für die Reparationszahlungen dem Reichsminister der Finanzen, Dr. K ö h l e r, die gleichzeitige Übersendung an und bemerkt dabei, daß er sein Memorandum für die deutsche Regierung zu dem Zwecke ausgearbeitet hätte, um die Aufmerksamkeit auf die derzeitigen Tendenzen des öffentlichen Finanzwesens, der Kreditpolitik und auf die Gefahren hinzuweisen, welche diese für die deutsche Wirtschaft sowohl wie für die Durchführung des Dawes-Planes herauszubekommen schienen. Die Denkschrift wurde auch an den Reichskanzler und an den Reichsaussenminister versandt. Parler Gilbert erklärt sich bereit, jederzeit weitere persönliche Besprechungen abzuhalten.

### Die Denkschrift Parler Gilberts.

Der Reparationsagent sagt zunächst, er habe den Gesichtspunkt festgehalten, daß das, was im Interesse der deutschen Wirtschaft liege, gleichfalls das Interesse zur Ausführung des Dawes-Planes sei. Dann werden folgende Gedanken entwickelt:

„Ich möchte annehmen, daß das allgemeine Ziel Deutschlands wie auch anderer moderner Industriestaaten die fortschreitende Entwicklung der Industrie und des Handels, und zwar sowohl des inneren wie des äußeren ist, um den Lebenshaltungsniveau seiner Bevölkerung stufenweise zu heben. Dafür scheint die günstigste innere Vorbedingung in der ständigen Verbilligung der Erzeugung zu liegen, begleitet von derjenigen Steigerung der Löhne, die die Verbilligung der Erzeugung gestattet und die weder die Preise noch die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe treibt.“

Der Reparationsagent erklärt zu diesem Zweck für notwendig die gleichmäßigen Zuflüsse neuen Kapitals durch heimische Ersparnisse oder Kredite im Ausland. Die deutsche Regierung habe ihre feststehende Politik so charakterisiert, daß sie zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen alles in ihrer Macht Stehende tun werde. Neuerdings schienen Entwicklungen, wie sie auf dem Gebiet des öffentlichen Finanzwesens vor sich gegangen seien, weder im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, noch in dem der Durchführung des Dawes-Planes zu liegen.

Es seien nämlich sich erweiternde Programme für Ausgaben und Anleihen unter nur geringer Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen aufgestellt worden. Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gäbe dem Wirtschaftsleben schon jetzt einen künstlichen Auftrieb und drohe, die wesentliche Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben.

Das Anhalten dieser Tendenz bedeute, daß die Folgen in ernsthaftem wirtschaftlichen Rückschlag und einer heftigen Erschütterung des deutschen Kredit im In- und Ausland bestanden würden. Es müsse also statt der bisherigen Gepflogenheit ein System strikter Sparpolitik und geordneter öffentlicher Finanzen zur Anwendung gebracht werden.

### Die Finanzpolitik des Reiches.

Parler Gilbert erinnert daran, daß er schon früher, z. B. am 10. Juni 1927, darauf hingewiesen habe, daß der Reichshaushalt eine fortwährende Steigerung der Ausgaben aufweise. Im Dezember 1926 habe der Reichstag einen Nachtragsetat für 1926/27 bewilligt, der den Ausgabenposten um ungefähr 1000 Millionen Reichsmark hinzusetze. Es werden dafür noch weitere Belege angeführt, auch Aussprüche der Reichsminister der Finanzen, die auf die Notwendigkeit der Sparpolitik hinwiesen. Trotzdem sei der Etat für 1927/28 um Ermächtigungen zu Ausgaben von 600 Millionen Reichsmark erhöht worden. Von 1925/26 bis 1927 habe sich der Etat um 1700 Millionen Reichsmark erhöht.

Der endgültige Finanzausgleich zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits sei um zwei Jahre hinausgeschoben worden. Schon am 17. März 1927 habe der Reparationsagent durch einen Brief an den Reichsminister der Finanzen auf die entstehenden Bedenken hingewiesen, und zwar nicht allein für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Der gegenwärtige Finanzausgleich zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden

andererseits kann nicht als eine vorausschauende Regelung für das Reich angesehen werden. Er biete vielmehr Anlaß für zu Einwendungen fundamentaler Art.

Die Länder und Gemeinden erhalten zurzeit vom Reich größere Zahlungen als je zuvor und werden aus allen erhöhten Einkünften den Hauptpunkten ziehen. Gleichzeitig scheine die Verantwortung einerseits für die Steuererhebung und andererseits für die öffentlichen Ausgaben immer unklarer zu werden. Länder und Gemeinden treten mit neuen Forderungen auf noch größere Zahlungen an das Reich heran und dieses habe die Verwirrung noch erhöht, indem es neue Vorschläge mache, welche die Etats der Länder und Gemeinden weiter erhöhen.

So würde die Erhöhung der Beamtenbezüge akut, und als der Reichstag sich im Juli vertagte, verlaute, daß Erhöhungen um etwa 10 % bei ihnen bevorstünden. Im September 1927 jedoch kündigte der Reichsminister der Finanzen in Magdeburg an, er habe eine beträchtliche Steigerung in dem ursprünglich beabsichtigten Satz in Vorschlag gebracht und das Reichsministerium habe sie genehmigt. Der Reparationsagent reht im einzelnen den Berechnungen nach und kommt zu dem Schluß, daß die Gesamtkosten auf etwa 1200 bis 1500 Millionen Mark berechnet werden und daß die Länder erklären, diese Kosten nicht tragen zu können und deshalb Zuschüsse vom Reich fordern. Parler Gilbert will sich keine Meinung gefallen lassen über das Für und Wider der Vorschläge auf Gehaltssteigerung der Beamten, ist aber der Meinung, die Reichsregierung hätte ihren eigenen Interessen besser dienen können, wenn sie solche wesentlichen Erhöhungen als Werkzeug zur sicheren Erzielung derjenigen

### Reformen der Verwaltung

benutzt hätte, die während der letzten zwei oder drei Jahre so vielfach angekündigt worden seien. Dazu sei es möglicherweise jetzt noch nicht zu spät. Wenn es auch bisher den Anschein habe, als wenn die Erhöhungen der Verwaltungsreform eher hinderlich als förderlich zu werden drohten.

Außerdem brächten die Vorschläge zur Entschädigung deutscher Staatsangehöriger für Verluste oder Schäden am Privatvermögen durch den Krieg und andererseits die Vorgabe eines allgemeinen Reichsschuldenfiskus die Aussichten auf weitere Erhöhung der Ausgaben die man bei den Liquidationsschäden vielleicht auf 1000 Millionen Mark beziffern könne, während beim Schuldenfiskus noch kein Kostenanschlag vorliege und man sich auch um die finanziellen Auswirkungen nicht gekümmert habe. Erste Befragungen in dieser Richtung würden ja selbst in Deutschland genügend laut.

Selbstlägen in allen diesen Erscheinungen Momente, die die Stabilität des Reichsetats gefährden, zumal man steigenden Reparationsverpflichtungen nachzukommen haben werde.

### Ein ungesundes öffentliches Finanzwesen

sei herrschend, das Geld, das für die Landwirtschaft und für die Industrie dringend benötigt werde, würde durch Ausgaben verschlungen, die anscheinend ohne Rücksicht auf den von Deutschland erlittenen Verlust an flüssigen Kapitalien und auf die dringende Notwendigkeit zur Neuschaffung dieses Kapitals mit Hilfe von Sparpolitik und Vorsicht beim Gelddausgeben übernommen wurden. Die Infolge dieser Verhältnisse steigerten Produktionskosten, Preise und erhöhten Kosten der Lebenshaltung seien zu beklagen.

### Finanzwesen der Länder und Gemeinden.

Aber die Finanzlage der Länder und Gemeinden überhaupt der Reparationsagent keine näheren Angaben zu haben, doch ließen ihre Forderungen auf zusätzliche Bewilligung durch das Reich und ihre häufigen Kreditaufnahmen im In- und Ausland erkennen, daß sie, als Ganzes genommen, über ihre Mittel leben.

Die Zahlenangaben für die In- und Auslandsanleihen der Länder und der Kommunen, die insgesamt ungefähr 2600 Millionen betragen, ließen noch ihre kurzfristige oder schwebende Schuld gänzlich außer Betracht. Die Verschuldung sei also überaus groß. Die übermäßige Kreditaufnahme im In- und Ausland entstamme der nämlichen Quelle, das heißt, steigenden öffentlichen Ausgaben, und nur durch Verschneidung der Ausgaben auf ein Mindestmaß sei Abhilfe zu finden. Die Denkschrift verbreitet sich weiter über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Die Ankündigung der Reichsregierung vom 7. Oktober 1927 sei außerordentlich zu begrüßen, weil sie auf die gesunde Grundlage finanzieller Reformen hinweise, daß jede nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei.

### Kredit- und Währungsopolitik.

Das Memorandum behandelt ausführlich die Finanzpolitik der Reichsbank und sagt, aus den Tatsachen ergebe sich mit genügender Klarheit, daß die Verwaltung der öffentlichen Mittel und der öffentlichen Banken dahin geführt habe, die Autorität der Reichsbank zu verringern und ihr Hilfsmittel zu entziehen, deren sie im allgemeinen Interesse der Stabilität der deutschen Währung und Valuta benötigte. Die Verhältnisse haben nicht weniger die Tendenz gehabt, das reguläre deutsche Banksystem seiner normalen Hilfsquellen zu berauben und große Mengen flüssiger Gelder in Kanäle abzulenken, die einer gefunden Kreditpolitik zuwidergehen. Die Kreditpolitik der Notenbanken und des öffentlichen Finanzwesens könne auf die Dauer nicht nach auseinanderstrebenden Richtungen betrieben werden. Es sei notwendig, einen klar umrissenen

und umfassenden Plan in Wirksamkeit treten zu lassen, der eine gehörig miteinander übereinstimmende Politik gewährleistet.

Zum Schluß sagt Parler Gilbert, es liege auf der Hand, daß eine Wirtschaftskrise die niederdrückendsten Folgen für das deutsche Volk haben, und daß sie einen ernsthaften Rückschlag in der Arbeit des Wiederaufbaus des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten würde. Auch vom Standpunkt des Dawes-Planes aus sei es für Deutschlands Gläubiger nur natürlich, die Empfindung zu haben, daß die im letzten Jahr befolgte Finanzpolitik nicht im Interesse von Deutschlands Reparationsverpflichtungen gewesen sei. Die Lage sei heute noch nicht kritisch, aber er habe sich verpflichtet gefühlt, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf alle angeführten Punkte zu lenken.

### Die deutsche Antwort.

Mündlicher Gedankenaustausch.

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Generalagenten die Reparationszahlungen mit dem Datum vom 5. November und die Erwidern der Reichsregierung auf seine Denkschrift angekündigt und diese Erwidern ist am 20. Oktober überreicht worden. Auch die Antwort der Reichsregierung behandelt die Angelegenheiten und die aufgeworfenen Fragen in erster Linie vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus. Sie sagt aber, daß diese Betrachtungsweise nicht ganz vollständig sein könne. In vielen Punkten stimme die Reichsregierung Parler Gilbert zu, während in anderen zum Ausdruck gebracht werden müsse, daß sie die gegenwärtigen Tendenzen anders als er oder nicht ganz so bedenklich ansehe.

Es sei beabsichtigt, auf Grundlage des gegenseitigen Schriftwechsels die mündlichen Besprechungen zwischen Reichsregierung und Reparationsagenten zu einem erfruchtlichen Ergebnis zu führen. Und der Reichsfinanzminister hat die Hoffnung, daß der weitere Austausch der Meinungen zu einem günstigen Ergebnis führen werde.

### Entwicklung der Wirtschaft.

Nach den Darlegungen des wirtschaftlichen Teils betrachtet es die Reichsregierung mit dem Generalagenten als das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik, alle produktiven Kräfte zu entwickeln. Die Besserung der Wirtschaftslage, die seit der Stabilisierung erzielt ist, beweist, daß die der Wirtschaft aus Inland und Ausland zugeflossenen Gelder eine rationelle Verwendung gefunden haben. Die Höhe der Auslandsverschuldungen gibt gegenüber den veränderten Werten und im Hinblick auf die Produktivität der dafür geschaffenen Anlagen keinen Anlaß zur Besorgnis. Den Auslandskrediten und -anleihen folgten natürlich in entsprechendem Umfange Importe von Auslandswaren, zumal da Deutschland für seinen Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf in weitem Maße auf ausländische Erzeugnisse angewiesen ist. Im Monatsdurchschnitt ist seit Juli d. J. die Mehreinfuhr von Rohstoffen und Halbwaren um 16 Prozent zurückgegangen, in der gleichen Zeit eine Erhöhung der Mehrausfuhr an Fertigwaren um rund 24 Prozent eingetreten. Die Ausfuhr hat Deutschland seit der Stabilisierung ständig steigern können.

Mag auch die Entwicklung an einzelnen Stellen überschneit gewesen sein, so ist eine Krise doch nicht zu befürchten, und eine zu starke Ausdehnung wäre jedenfalls nur zum geringsten Teil auf Maßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen. Inlandsanleihen und Steuern können keine zusätzliche Kaufkraft schaffen, weil sie lediglich Einkommen im Inland umschichten.

Andererseits haben die Auslandsanleihen, gemessen an den Gesamtwerten der deutschen Wirtschaft, ihr keinen ungehinderten Antrieb geben können. Für die Exportförderung hängt viel ab von der Erleichterung und Neuordnung des internationalen Handels, an der mitzuwirken, die Reichsregierung jederzeit bereit gewesen ist. Noch mehr hängt ab von der Öffnung der Märkte der Gläubigerländer für deutsche Ware. Die deutsche Regierung blickt mit erster Vorzug auf die Entwicklung in einem Teile der Absatzländer, da nur der Abbau der bestehenden Schranken Deutschland den für seine Leistungen notwendigen Exportüberschuß sichern kann.

### Die Finanzen des Reiches.

Die Reichsregierung stellt den Gedanken voran, daß die Rückkehr zur normalen öffentlichen Finanzgebarung Klarheit über die sich für die öffentlichen Körperschaften ergebenden Lasten voraussetzt.

Die Lösung der Aufwertungsfragen gehört ebenso hierher wie die Fragen der Entschädigung der Liquidations- und Gewaltgeschädigten und der Besoldungsreform.

Wegen der Entwicklung der Finanzen seit 1924 wird zunächst allgemein auf die Rede des Reichsministers der Finanzen vom 26. Oktober 1927 im Haushaltsausschuß verwiesen. Die Aufzeichnung gibt einige Zahlen, um die eigentlichen Tendenzen der Entwicklung klarzustellen.

Die gesamten Kriegslasten Deutschlands, d. h. die Reparationsleistungen einschließlich sämtlicher innerer Verpflichtungen, die das Reich als direkte Kriegsfolgen übernehmen mußte, erfordern im Jahre 1927 über 3,5 Milliarden Mark, d. h. nahezu zwei Drittel der gesamten ordentlichen Ausgaben und mehr als die Hälfte der gesamten ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben des Reiches. Im ordentlichen Haushalt erfordern allein die gekennzeichneten Kriegslasten, soweit sie den Haushalt belasten, im Jahre 1927 rund 2,6 Milliarden, also annähernd die Hälfte der gesamten ordentlichen Ausgaben

des Reiches, die sich ohne die Überweisungen an die Länder auf rund 5,8 Milliarden Mark belaufen.

Die Bedeutung dieser Lasten wird klar, wenn man bedenkt, daß die Kosten der gesamten Reichsverwaltung des Jahres 1913 sich auf nur 2,7 Milliarden Mark beliefen. Diese Zahlen sprechen für sich. Ihnen läßt sich keinesfalls entnehmen, daß die Haushaltsführung ohne Rücksicht auf die Reparationsverpflichtungen stattgefunden hat. Der Haushalt des Jahres 1923, der allein 400 Millionen Mehrleistung für Reparationen tragen muß, wird nach Gesichtspunkten strengster Sparfamkeit

aufgestellt. Die Reichsregierung sieht es im gegenwärtigen Augenblick als eine entscheidende Pflicht an, fortschreitenden Ausgabenerhöhungen auch im ordentlichen Haushalt wirksam entgegenzutreten.

Was den außerordentlichen Haushalt betrifft, so ist es die Absicht der Reichsregierung, eine Vermehrung des Anleihebedarfs nach Möglichkeit zu verhindern. Die aus der Vergangenheit übernommenen Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind bereits eingeschränkt und werden weiter eingeschränkt. Der Rest wird für die Zukunft planmäßig und langsam abgewickelt. Im Haushalt 1923 werden die Ausgaben aufs äußerste geschränkt.

### Die Länder und Gemeinden.

In bezug auf die Länder und die Gemeinden steht die Reichsregierung mit dem Generalagenten auf dem Standpunkt, daß die Aufnahme von inneren und äußeren Anleihen zu Verwaltungszwecken sich für sie durchaus verbietet; tatsächlich sind auch die bisher aufgenommenen Anleihen der öffentlichen Körperschaften nur für produktive Zwecke besonderer Art aufgenommen worden, die nach der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland den Gemeinden neben den Verwaltungszwecken obliegen. Dies gilt namentlich für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, elektrischem Licht und Verkehrsmitteln, Aufgaben, die in Ländern mit reichlicher Privatwirtschaft seit jeher von dieser erfüllt werden.

Infolgedessen rechtfertigen die vielfach in der Öffentlichkeit erörterten Anleihezahlen den aus ihnen gezogenen Schluss auf einen übermäßigen Verwaltungsaufwand nicht. Eine Nachprüfung der in dem Memorandum aufgeführten 1600 Millionen Mark ausländischer Verschuldungen ergibt dies ganz klar: Danach sind also die 1,6 Milliarden insgesamt nicht für die Verwaltung aufgewandt, sondern produktiven Wirtschaftszwecken zugeführt worden. Selbstverständlich haben die Gemeinden bei diesen produktiven Ausgaben und den Anleihewünschen für sich auch auf die Gesamtsituation im Deutschen Reich die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Was den Finanzausgleich anbelangt, so ist die Unmöglichkeit, einen endgültigen Finanzausgleich auf der Grundlage einer noch nicht rationalisierten Volkswirtschaft von schwer abschätzbarer Leistungsfähigkeit aufzubauen, schon oft dargelegt worden. Das Reich hat bei der Neuschöpfung der Verfassung dafür Sorge getragen, daß seine finanziellen Befugnisse mit Rücksicht auf seine Lasten gestärkt werden. Es hat seit 1919 nicht nachgelassen, auf Vereinheitlichung und Klärung des Finanzsystems hinzuwirken. So hat es bereits im Jahre 1919 die großen Personalsteuern, die bis dahin die Länder selbst erhoben haben, an sich gezogen. Es hat die Vermögenssteuer ganz für sich beansprucht, es gibt bei Einkommen- und Körperschaftsteuern den Ländern von dem, was ihnen und ihren Gemeinden früher wohl zuzufloß, nur 2/3 zurück. Da dem Reich die festen Lasten des Sachverständigenplans verbleiben, muß es sich in weitestem Umfang auf die Steuern stützen, die durch die Schwankungen der Wirtschaftsverhältnisse am wenigsten berührt werden (Verbrauchssteuern). Daß dem Reich in der Frage der öffentlichen Finanzgebarung die Führerrolle zukommt, wird von den Ländern und Selbstverwaltungskörpern nicht bestritten.

Die Führerschaft kann sich aber nur bewähren, wenn sie getragen wird von aufrichtiger und umfassender Unterstützung durch Länder und Gemeinden. Von diesem Zusammenwirken legen die Vereinbarungen über die Veranlagungsstellen für Auslandsanleihen Zeugnis ab, die erst in jüngster Zeit unter dem leitenden Gesichtspunkt neu gefaßt wurden, daß in Anbetracht der Gesamtlage jede Ausgabe, die nicht dringender oder wirtschaftlicher Natur sei, es sei nun mit Hilfe ausländischer Anleihen oder aus inländischen Quellen bewirkt wird, vermieden werden müsse.

### Befoldungs- und Schulgesetz.

Die für die Befoldungsreform erforderlichen Mittel sind nicht unwesentlich geringer, als in der Öffentlichkeit angenommen wird. Von den rund 300 Millionen, die für das Reich selbst erforderlich sind, entfallen überdies etwa 170 Millionen auf die Kriegssopfer. Nur der geringere Teil fließt den Beamten zu. Für die Zwecke der Befoldungsreform kommt weder eine Erhöhung der Steuersätze, noch eine Erhöhung der Tarife der Reichspostverwaltung oder der Reichsbahn-Gesellschaft in Betracht. Die Frage der Befoldungsreform kann nicht lediglich unter finanziellen Gesichtspunkten gesehen werden, vielmehr müssen wesentlich auch staatspolitische Gesichtspunkte mit entscheiden. Der Gesamtbedarf an Befoldungen soll durch organisatorische Maßnahmen gesenkt werden. Das Reich arbeitet auf diesem Gebiete mit dem Reichsparlamentarismus zusammen. Drei Ziele werden verfolgt: Vereinheitlichung der eigenen Verwaltung des Reichs, Herbeiführung klarer Grenzlinien dort, wo die Aufgabenteilung des Reichs und der Länder sich überschneiden, sowie schließlich Vereinfachung der Verwaltung von Ländern und Gemeinden.

Diese sind selbst zur Mitarbeit bereit. Maßnahmen auf diesem Gebiete sind auch sonst im Gange.

Der Gesetzesentwurf der Liquidationsgesetze ist eine unmittelbare Wirkung des Vertrages von Versailles. Der Artikel 297 i hat die Liquidationsländer von der Pflicht zur Schadloshaltung freigestellt und Deutschland zur Entschädigung seiner Staatsangehörigen verpflichtet. Seit 1919 warten die Geschädigten auf den Ausgleich ihrer Schäden. Unter nach den schwachen finanziellen Kräften des Reichs auch unter dem Gedanken notwendigen Wiederaufbaus einzugreifen, war unabwendbar. Der in dem Memorandum für das Gesetz genannte Aufwand von einer Milliarde bedeutet nicht etwa eine Jahresbelastung des Haushalts, sondern umfaßt den Gesamtanfall an der jährlichen Leistungen für alle Zukunft.

### Die Kosten des vorgeschlagenen Schulgesetzes

spielen in der nächsten Zukunft überhaupt keine Rolle. Das Gesetz bringt eine Lösung von Fragen, die mit der Kulturgemeinschaft des deutschen Volks aufs engste zusammenhängen. Zum Schluß bemerkt die Reichsregierung, sie könne die Besorgnisse des Generalagenten nicht teilen, daß die Mehrausgaben für die erwähnten Gesetze den Haushalt des Reichs bedrohen. Die Antwort bringt endlich den Hinweis, daß es das oberste Bestreben der Reichsregierung bleibt, die fundamentale Voraussetzung des Sachverständigenplans festzuhalten: das Gleichgewicht der öffentlichen Wirtschaft. Nach den gegebenen Aufklärungen wird auch für den Außenstehenden der Eindruck sich nicht rechtfertigen lassen, als ob Deutschland auf seine Reparationsverpflichtungen keine gebührende Rücksicht genommen habe. An der Bereitwilligkeit der Reichsregierung zur Mithilfe beim Transfer im Rahmen geheimer Wirtschaft- und Finanzpolitik besteht kein Zweifel. Die scharfe Trennung von Aufbringung und weiterer Übertragung der Zahlungen ist in der ganzen Welt als der größte Fortschritt in der Reparationsfrage aufgefaßt worden. Die positiven Pflichten, die der Plan der deutschen Regierung hinsichtlich des Transfers zuweist, sind in ihm genau umgrenzt. Die Reichsregierung stellt fest, daß sie die Möglichkeiten des Transfers nie-

mals künstlich beeinträchtigt hat, sie weist auch den Gedanken von sich, es zukünftig zu tun. Sie verleiht ihrer Zurechtweisung Ausdruck, daß das Vertrauen in die loyale Mitarbeit aller dazu Berufenen, in dessen Zeichen der Sachverständigenplan geschaffen wurde, auch die inner-schütterliche Grundlage künftiger gemeinsamer Arbeit sein wird.

### Pariser Pressestimmen zur Gilbert-Denkchrift.

Paris, 6. November. Die Pariser Sonntagspresse veröffentlicht das Gilbertmemorandum und die deutsche Antwort vollständig oder bringt zum mindesten ausführliche Auszüge. Nur das Echo de Paris glaubt die deutsche Antwort unterschlagen zu sollen, weil sie, wie Verinax sagt, nicht völlig verständlich ist. (!) Dafür müssen sich die Leser mit der Feststellung begnügen, das deutsche Dokument stehe den Behauptungen des Gilbert-Memorandums ablehnend gegenüber. Der Temps ist der Meinung, daß die Bestimmung des Versailler Vertrages, die den Reparationszahlungen die Priorität sichere, unter allen Umständen bestehen bleibe, auch wenn Deutschland infolge seiner Anleihe- oder Ausgabenpolitik nicht mehr den Lasten gewachsen sei, die es sich selbst geschaffen habe. (?) Der Matin nennt den Dokumentenwechsel einen politischen Akt von höchster Bedeutung. Es sei einer der Vorteile des Dawesplanes, daß er durch direkte Verhandlungen lokale und unerlässliche Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den interessierten Mächten gestalte, ohne daß, wie in der Vergangenheit, zu Konferenzen Zuflucht genommen werden müsse. Die radikalsozialistische Volonté erklärt, um der deutschen Produktion die Möglichkeit zu geben, sich zur Zahlung der Reparationen auszudehnen, dürften den deutschen Waren auf dem europäischen und dem Weltmarkt keine Schranken entgegenstehen, was jedoch noch zu oft vorkomme. Dieser heikle Punkt sei um so schwieriger zu behandeln, als er weder von dem guten Willen Deutschlands, noch dem der Gläubiger des Reiches abhängige. Das linksgerichtete Ceuvre begrüßt, daß der Reparationsagent mit solcher Autorität seine Warnung habe erteilen können und daß Deutschland sie ohne Uebelwollen aufgenommen habe. Der Quotidien gibt der Befürchtung Ausdruck, daß trotz des guten Willens Deutschland nicht mehr lange die vorgezeichneten Zahlungen selbst in der Form von Naturalleistungen hätte vornehmen können.

Auch die Gläubiger könnten nicht lange mehr ohne ernste Gefahr den Warentransfer aufnehmen. Wenn nicht an die Revision des Dawesplanes, so müsse nun doch an die Festsetzung einer Geltungsdauer gedacht werden. Um den Dawesplan spiele sich die wirtschaftliche und diplomatische Zukunft Deutschlands und der Welt ab. Ein anderes Blatt schreibt: Der Bericht Parker Gilberts sei eine Warnung, keine Drohung, die Antwort des Reiches sei kein Akt der Unterwerfung, aber eine Geste der Verhütung.

Auch die Rechtspresse beurteilt die deutsche Antwortnote im allgemeinen recht günstig. Selbst die nationalsozialistische La Presse erkennt an, daß die Note ein festes und formales Versprechen des Reiches, seine Verpflichtungen zu erfüllen, sei. Auch der Intransigent spricht von den unbestreitbaren Bemühungen der Reichsregierung, Parker Gilbert und darüber hinaus allen an dem Dawesplan interessierten Mächten Genugtuung zu geben.

### Die Londoner Presse zum Gilbert-Memorandum.

London, 6. November. Die englischen Sonntagsblätter beschränken sich einstweilen auf die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Gilbert-Memorandum und der deutschen Antwort. Kritische Kommentare fehlen wegen der Kürze der Zeit noch, doch kommt in den Überschriften wie z. B. „Kann Deutschland zahlen?“ bereits die etwas unsichere Einstellung zu der ganzen Frage zum Ausdruck.

### Amerika zum Gilbert-Memorandum und zur deutschen Antwort.

New York, 6. November. Das Memorandum Parker Gilberts und die deutsche Antwort bilden die Sensation der amerikanischen Sonntagsblätter, die viele Spalten mit Berichten hierüber füllen. Man wird jedoch dem Standpunkt Deutschlands keineswegs gerecht, was bereits in den Überschriften und den einleitenden, Deutschlands Finanzgebarung kritisierenden Sätzen zum Ausdruck kommt. Zudem wird das Gilbert-Memorandum im Wortlaut veröffentlicht, während der deutschen Antwort nur wenig Platz eingeräumt wird.

### Die Wirtschaftspartei fordert Verwaltungsreform

Berlin, 6. November. Im Plenarsaal, sowie in drei weiteren überfüllten Sälen des Herrenhauses veranstalteten die drei Berliner Wahlkreise der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) am Sonntagmorgen vier große öffentliche Kundgebungen, in denen als Hauptreferent Reichstagsabg. Molath über das Thema „Darf Deutschlands Mittelstand vernichtet werden?“ sprach. Das Bestreben der Wirtschaftspartei, so führte der Redner aus, sei es, den Mittelstand zu der großen politischen Mitte zusammenzuschließen. Er übte dann scharfe Kritik an der öffentlichen Ausgabenwirtschaft, die geradezu provozierend wirke angesichts der starken Steuerbelastung, die das Volk, in der Hauptsache der gewerbliche Mittelstand, zu tragen hätte. Die ständige Erhöhung der Eats sei nur möglich auf Kosten des Mittelstandes, der auf diese Weise indirekt enteignet werde. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die übrigen Redner. Eine Entschließung fand einstimmig Annahme, in der die Partei ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der Befoldungsreform ernsthaft mitzuarbeiten.

Die Zustimmung zur Befoldungsreform für den Fall, daß Dektung ohne Steuererhöhung nicht möglich ist, wird von folgenden drei Forderungen abhängig gemacht:

1. Rückichtsloses Durchgreifen zur Herbeiführung einer Verwaltungsreform zwecks Vereinfachung der Verwaltung und Vereinfachung der zu erledigenden Arbeit und somit Kostenersparnis, und zwar für 1928 um 10%, gegen 1927.
2. Entlastung der Wirtschaft vom Steuerdruck durch Zuschläge auf die Einkommensteuer.
3. Verbot der Beamtenwirtschaftsbetriebe und Beamtenkonglomeratschaften.

### Einigung der Regierungsparteien über die Befoldungsvorlage?

Stettin, 6. November. In einer von dem hiesigen Gauverband der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Beamtenversammlung teilte Reichstagsabg. Morath mit, daß es zwischen den Regierungsparteien am Freitag hinsichtlich der zur Beamtenbefoldungsreform zu stellenden Anträge zu einer Einigung gekommen sei. In der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse werde man u. a. fordern, daß diese an alle ledigen Beamten über 45 Jahre in voller Höhe gezahlt werden. Bezüglich der unech-

### Für eilige Leser.

\* Nach einer Uebersicht über die Finanzlage Mecklenburg-Schwerins, die die Mecklenburgische Staatsregierung dem Landtage zugeleitet hat, beträgt die Anleiheverschuldung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin gegenwärtig 21 455 034 Reichsmark.

\* Nach einer Meldung aus Trier ist der Zentrumsabgeordnete Prälat Raas am Sonnabend plötzlich schwer erkrankt und mußte noch in der Nacht zum Sonntag operiert werden. Dabei wurde ein Magenleibwurm festgestellt. Die Operation ist gut verlaufen, so daß Aussicht besteht, das Leben des Patienten zu retten.

\* Wie die M. erfährt, steht die Reise des jugoslawischen Außenministers Marinkowitsch nach Paris in engem Zusammenhang mit dem Besuch des Königs Alexander von Jugoslawien, der voraussichtlich Anfang nächster Woche erfolgen wird. Bekanntlich wird anlässlich des Königsbesuches die Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages stattfinden.

\* Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist der Aufstand in der Nähe von Schanghai von den chinesischen Truppen erstickt worden. Bei dem Zusammenstoß zwischen chinesischen Truppen und Bauern wurden mehr als 200 Personen getötet. Der Aufstand soll von der geheimen chinesischen Organisation „Die rote Lanze“ vorbereitet worden sein.

lichen Kinder werde man für Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintreten. Man werde ferner beantragen, daß in das Gesetz eine Bestimmung eingefügt wird, die die Einbeziehung der Bezüge aller Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in etwa künftige Befoldungserhöhungen garantiere.

Ueber die tatsächliche Erhöhung äußerte sich der Redner dahingehend, daß man übertriebene Forderungen angeht der Finanzlage des Reiches nicht stellen dürfe; sollte die Opposition aber im Reichstag aus agitatorischen Gründen sehr weitgehende Anträge stellen, so werde man in Preußen, wo sich diese Opposition in der Regierung befindet, diese Anträge unterstützen.

### Politische Rundschau Deutsches Reich.

#### Dr. v. Brittwitz' Ernennung zum Votschafter.

Der Votschaftsrat Dr. von Brittwitz und Gaffron ist nunmehr zum deutschen Votschafter in Washington ernannt worden. Der Votschafter wurde vom Reichspräsidenten empfangen. In einer Unterredung mit einem Journalisten wies Dr. v. Brittwitz darauf hin, daß er zunächst besonders das Rückgabeproblem in Angriff nehmen wolle.

#### Reintnerfürsorge in Mecklenburg.

Das Staatsministerium hat sich entschlossen, die infolge der Teuerung bestehende Not aller hilfsbedürftigen Kleinrentner und Sozialrentner zu lindern. Nach vorläufigem Überschaug wird für die erhöhte Hilfsmaßnahme, die für die Wintermonate durchzuführen ist, beabsichtigt, Mittel von über 100 000 Mark monatlich zur Verfügung zu stellen, die aus dem Haushaltsplan des Ministeriums, Abteilung für soziale Politik, entnommen werden.

#### Osterreich.

X Monarchistische Kundgebung in Wien. In der Kapuzinerkirche kam es anlässlich der von der ehemaligen Kaiserin Zita zum Namenstage des ehemaligen Kaisers Karl gestifteten Gedächtnismesse zu einer monarchistischen Kundgebung. Beim Verlassen der Kirche versuchte der Präsident der kaiserstreuen Volkspartei, Oberst Wolff, eine Ansprache an die Versammlung zu halten, wurde jedoch von der Polizei daran gehindert. Die Anwesenden wurden darauf von den Polizisten zerstreut.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Antrag Eisenbergers (Vater. Bauernbund) auf Zurückstellung der Beamtenbefoldungsreform sowie der Antrag Steinlofs (Soz.), bei der Neuregelung von der Befoldungsordnung 1920 auszugehen, abgelehnt.

Kassel. Der Landesausschuß Waldeck hat sich eingehend mit der Anschlussfrage des Freistaates Waldeck an Preußen beschäftigt. Unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse kann nach der Auffassung des Landesausschusses nur eine Angliederung von Waldeck an den Regierungsbezirk Kassel in Frage kommen.

#### Baron Jörn von Bulach vor Gericht.

Paris. Die Strafkammer in Straßburg verhandelte gegen Baron Klaus Jörn von Bulach, der wegen Beleidigung und Todesdrohung gegen den Präsidenten vom Unterrhein angeklagt war. Bulach erklärte bei seiner Vernehmung, daß man seinen Tod wolle, wie man den seinen Eltern gewollt habe. Kein Artikel des Gesetzbuches könne ihn zwingen, schandlos zu reden, wenn er es nicht wolle. Der Staatsanwalt forderte strenge Bestrafung Bulachs. Das Urteil wird in acht Tagen verkündet werden.

#### Hoefchs Unterredung mit Briand.

Paris. Von deutscher zuständiger Stelle wird die Nachricht der Pariser Morgenpresse demontiert, wonach bei dem Besuch des deutschen Votschafters, Herrn von Hoefch, bei dem Außenminister Briand von dem Memorandum des Reparationsagenten und dem Dawes-Plan gesprochen worden sei.

### Der faschistische Schultyrann in Südtirol.

Das Morgengebet für Mussolini. Deutsche Geistliche in Südtirol werden, so wird aus Bozen berichtet, angehalten, ihre Vorgesetzten sowie die Kinder nach Faschistenart zu grüßen. Die deutschen Schulkinder werden gezwungen, vor Beginn des Unterrichts für Mussolini zu beten. Es wurde ein Gebet vorgeschrieben, dessen Text vom Unterrichtsminister genehmigt worden ist. In diesem Gebet heißt es u. a.: „Herr, wir bitten dich, beschütze ihn, er hat uns das Bewußtsein unserer Sendung gegeben und den Stolz, Italiener zu heißen.“ In dem Erlaß des Bezirksschuldirektors wird gesagt, dieses Gebet solle gesprochen werden, damit die „Kinder des neuen Italiens“ Mussolini immer mehr kennen und lieben lernen.

#### Abbau der englischen Seestreitkräfte in China.

Das Flaggschiff des ersten britischen Kreuzergeschwaders in den chinesischen Gewässern, „Frobisher“, ist gestern von Hongkong nach Malta in See gegangen.

# Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 8. November.

Sonnenaufgang 7<sup>10</sup> | Mondaufgang 4<sup>20</sup>  
Sonnenuntergang 16<sup>17</sup> | Monduntergang 17<sup>25</sup>  
1917: Adolf Wagner, einer der Begründer der Sozialpolitik in Deutschland, gestorben.

**Die Hindenburg-Marken.** Die zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten ausgegebenen Hindenburg-Marken zu 8, 15, 25 und 50 Pf. sowie eine Postkarte zu 8 Pf. und Markenheftchen sind auch weiterhin bei den Postämtern erhältlich. Die Marke zu 8 Pf. und die Postkarte werden für 15 Pf., die übrigen Marken zum doppelten Nennwert verkauft. Der Erlös aus dem Ausschlag wird dem Reichspräsidenten zu wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt.

**Der Besuch des Jahrmakts** am Sonntag ließ nichts zu wünschen übrig. Bald nach Mittag legte der Zug der Käufer und Schaulustigen ein und steigerte sich bis in die 4. und 5. Nachmittagsstunde. Zwischen den Budenreihen herrschte starkes Gedränge, wie es eben zu einem richtigen Jahrmakt gehört. Die Gunst des Wetters kam ihm zu Gute. Selten genug sind Novembertage so mild und sonnig, wie es gestern der Fall war. Ob der Jahrmakt aber alle Hoffnungen der Fieranten erfüllt, wird erst der heutige Montag beweisen müssen.

**Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende, Kommerzienrat Hofmann, 70 Jahre.** Am 8. November vollendet Kommerzienrat Johannes Hofmann, der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion und der Landesarbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen Volkspartei für die drei sächsischen Wahlkreise, sein 70. Lebensjahr.

**Hohnstein.** Die Ausstellung über Gesundheitspflege vom Hygienemuseum in Dresden hat nun auch in unserem städtischen Eingang gehalten. Am Freitag wurde sie eröffnet. Bürgermeister Hauffmann begrüßte die aus Hohnstein und Umgegend geladenen Gäste und insbesondere auch den Bezirksarzt Dr. Maurer. Er dankte dem Wohlfahrtsamt für Ueberlassung der Ausstellung und bat die erschienenen Gäste, mit dafür zu wirken, daß der Besuch ein guter werde und wünschte, daß sie ihren Zweck, der Volksgesundheit zu dienen, in reichem Maße erfüllen möchte. Dr. Maurer hielt einen sehr interessanten und beifällig aufgenommenen Vortrag über die Geburten und erläuterte dann in allgemeinverständlicher Weise die einzelnen Ausstellungsgegenstände. — Die Ausstellung verdient wirklich das Interesse jedes einzelnen und ist in vollem Maße besuchenswert. Sie ist bis Donnerstag, den 10. d. M., geöffnet, und zwar von 11 bis 1 und 2 bis 7 Uhr.

**Gohrisch.** Messerstecherei. Am 28. Oktober gegen 1,15 Uhr nachts hat auf der hiesigen Dorfstraße am sogenannten Lindenpflanze eine Messerstecherei stattgefunden. Hierbei wurde der Tischlergeselle B. am Oberarm erheblich verletzt. Der Messerheld M., der vor einigen Wochen auf der Gohrischer Straße angefallen sein wollte, was aber bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, und überhaupt bei jeder Gelegenheit seine Widersacher mit dem Messer bedroht, wie er es kürzlich beim Besuche einer Zirkusvorstellung, für welche er keine Eintrittskarte gelöst hatte, tat, dürfte keine gerechte Strafe erhalten. — Der vom 24. bis 27. Oktober in der hiesigen „Sonnerhütte“ gastierende Zirkus Bügler-Altshoff hatte während dieser Zeit seine Pferde in einer Scheune der „Erholung“ untergebracht. Ohne die Stallkosten zu bezahlen, hat er sich eines Tages in aller Frühe auf- und davongemacht. Für seine bereitwillige Aufnahme betrug der Zirkus den Wirt nicht nur um die Stallkosten, sondern hinterließ ihm noch einen Augias-Stall.

**Dresden.** Ein schweres Autounfall ereignete sich am Sonntag zur Mittagsstunde auf der Staatsstraße Dresden-Bauhen dicht hinter Weißig bei Kilometerstein 8,7. Der Kraftwagen eines Dresdner Zahnarztes (Dr. Crancy, Münchner Straße), von diesem selbst gesteuert, fuhr gegen einen an der Straße stehenden Baum. Hierdurch wurden die beiden Insassen, und zwar ein Kaufmann Fischer in Dresden-Siriesien, Voglerstraße 25, wohnhaft und in der Mitte der vierziger Jahre stehend, tödlich, und der Fabrikbesitzer Volkmar Ruchs aus der Teutoburgstraße leicht verletzt. Der letztere wurde nach dem Krankenhaus überführt. Der Zahnarzt, der erst einige Fahrten mit seinem Kraftwagen gemacht hatte, blieb unverletzt. Als Fahrziel war Bauhen ausersehen, wo man sich mit anderen Automobilisten treffen wollte. Die Unfallkommission des Dresdner Kriminalamtes machte zum Zwecke der Feststellung des Tatbestandes einige photographische Aufnahmen. — Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Sonnabend in den Morgenstunden im Bahnhofs Dresden-Neustadt bei der Ausfahrt des Personenzuges 687 nach Bauhen. Eine in der Stollestraße wohnhafte Heizersehefrau Helzig wollte auf den bereits fahrenden Zug noch aufspringen, glitt aber aus, wobei ihr ein Fuß abgequetscht wurde. Die Verunglückte wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus überführt. — Radfahrer und Auto. Am Großenhainer Platz stießen am Sonntag in den zeitigen Vormittagsstunden ein Radfahrer und ein Gleiserauto zusammen, wobei ersterer, ein Friiseur, eine anscheinend erhebliche Fußverletzung davontrug. — Falshes Gerücht. Wie in der Presse bereits berichtet worden ist, ereignete sich am Sonntag voriger Woche auf der Leubener Straße im Stadtteil Dresden-Laubegast ein schwerer Unfall. Eine in Chemnitz wohnhafte etwa 60 Jahre alte Bauernwitwe Wolf, die zum Besuche ihrer Angehörigen nach Dresden gekommen war, sprang in der Meinung, sie habe die Haltestelle übersehen, von dem fahrenden Straßenbahnzug ab, wobei ihr beide Beine zermalmt wurden. Im Johannstädter Krankenhaus mußten die Beine amputiert werden. Die Verunglückte ist nicht verstorben, wie gerüchtweise verlautet. Ihr Befinden ist zufriedenstellend.

**Dresden.** Eine gewerbsmäßige Betrügerin und Einmietetiebin festgenommen. Wegen zahlreicher Kreditfahndelungen und Einmietetiebstähle ist am 2. November die erheblich vorbestrafte 31 Jahre alte geschiedene Tapezierersehefrau Marie Ulbricht geb. Benedix festgenommen worden. Als angebliche Frau Kreidner oder Gerlach erschwindelte sie Kleidungsstücke oder Wäsche, die sie dann sofort weiterverkauft oder verpfändete. In anderen Fällen nahm sie in Haushaltungen Stellung als Aushilfe an, um bei dieser Gelegenheit Bargeld und Wertgegenstände zu stehlen. Bisher konnte die Festgenommene 10 deraufliegende Fälle überführt werden. Es ist aber anzunehmen, daß sie noch weit mehr Personen betrogen oder bestohlen hat. Zeitweise ist sie u. a. auch in Arnsdorf, Radeberg und Pirna aufhältlich gewesen. Personen, die von der Ulbricht geschädigt worden sind, eine Anzeige aber bisher noch nicht erstattet haben, werden ersucht, dies umgehend bei der Kriminalpolizei oder der nächsten Polizeistelle nachzuholen.

**Dresden.** Verkehrsunfall. Am Donnerstagabend stießen an der Hohenzollernstraße ein Pferdewerkszeug und ein Kraftwagen zusammen. Zwei auf dem Pferdewerkszeug sitzende Männer wurden verletzt, einer davon schwer.

**Dresden.** Quecksilberdiebstahl. Aus einem Magazin der Reichseisenbahn wurden in den letzten acht Tagen 20 Kilo Quecksilber und in der Nacht zum 3. November 10 Kilo Quecksilber, eine Rolle Kupferdraht, 2 Millimeter stark, und eine gemischte Rolle Kupferdraht, 3,6 und 6 Millimeter stark und 30 Kilo schwer, gestohlen. Die Sachen dürften zu Radiozwecken verwendet bzw. angeboten werden. Um sachdienliche Mitteilungen hierzu bittet die Kriminalpolizei.

**Dresden.** Betriebsunfall auf dem Hauptbahnhof Dresden. Der von Bodenbach kommende Personenzug 436, der wegen Bauarbeiten auf der Ueberführungsbrücke über die Prager Straße nicht in die Nordhalle einfahren konnte, fuhr am Sonnabend früh auf den Prellbod bei der Stellerei II auf. Hierbei entgleiste die Lokomotive mit vier Achsen. Weitere Beschädigungen an Betriebsmitteln und am Oberbau sind nicht eingetreten. Durch den infolge des Einsetzens der Schnellbremse im Zuge entstandenen Ruck wurden zwei Reisende leicht verletzt.

**Dresden.** Todesfall. Am 3. November starb der Generalleutnant a. D. Hugo Alexander von Alrod, 1897 wurde er Kommandeur des 3. Jägerbataillons Nr. 13, 1899 Kommandeur des Schützenregiments Nr. 108 und 1903 übernahm er das Kommando über die 5. Infanteriebrigade Nr. 63. 1906 erfolgte seine Ernennung zum diensttunenden Generaladjutanten des Königs.

**Zwickau.** Ein „schwerer“ Diebstahl. In der Nacht zum Freitag wurde aus der Niederlage des Spar- und Kreditvereins in Schönau bei Wieselburg ein etwa 7 Zentner schwerer Geldschrank gestohlen. Er wurde von den Dieben auf einem zweirädrigen Wagen nach einem Wiesengrundstück gefahren und dort mit Hilfe einer Spitzhacke eingeschlagen. Den Dieben fielen etwa 600 Mark in die Hände. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

**Meißen.** Das gefährliche Spielen mit Waffen. In der Werkstatt ihres Lehrern spielten hier zwei Lehrlinge mit Pistolen. Dabei entlud sich ein Schuß, und die Kugel drang dem 15jährigen Tischlerlehrling Wesser in die Brust und führte seinen sofortigen Tod herbei. Der unglückliche Schütze ist flüchtig.

**Königsbrunn.** Blutiger Streit. Zu einem Zusammenstoß kam es in der Kammer Straße zwischen einer Zivilperson und einem hier auf Urlaub befindlichen Reichwehrsoldaten. Den Tätsächlichkeiten ging ein kurzer Wortwechsel voraus, wobei von beiden Seiten beleidigende Ausfahrungen gefallen sein sollen. Der Reichwehrsoldat brachte nach den polizeilichen Ermittlungen dem 40jährigen Steinmetz Arno Joch mit dem Seitengewehr einen Schuß in die linke Hüfte und den linken Oberschenkel bei, so daß sich letzterer in ärztliche Behandlung begeben mußte. Nach der Tat ergriff der Reichwehrsoldat die Flucht; die Personalien konnten jedoch festgestellt werden.

**Chemnitz.** Festnahme einer Einbrecherbande. Wie gemeldet, wurde am 26. Oktober ein größerer Einbruch in ein Appreturgehäuse in der Ostvorstadt verübt, wobei die Diebe Sturmpfeifen von beträchtlichem Werte erbeuteten. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, die Täter festzunehmen. Es handelt sich um fünf noch jugendliche Personen im Alter von 19 bis 23 Jahren. Die Diebesbeute hatten sie zu einem Händler gebracht, der diese im Auto nach Berlin abtransportierte, um sie dort abzusetzen. Der Händler ist gleichfalls verhaftet worden. Ein Teil der Diebesbeute konnte bereits wieder herbeigeschafft werden. Bei der Festnahme des Händlers wurde in seinem Besitz noch weiteres Diebesgut von einem auswärtigen Verübten Einbruch vorgefunden. Durch die Ermittlung der Täter ist einer gefährlichen Einbrecherbande, die in letzter Zeit die Einwohner von Chemnitz und Umgebung stark beunruhigt hatte, das Handwerk gelegt. Es sind den Festgenommenen bereits zwei weitere größere Einbrüche nachgewiesen worden.

**Königswartha.** Verhängnisvoller Irrtum. Als der Wirt der Neudorfer Entenstube abends Fische in seinen Teich aussetzen wollte, wurde er von dem Königswarthaer Parkwächter wahrscheinlich für einen Dieb gehalten und angeschossen. Er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

**Rohwein.** Schulknaben-Rauchklub! Erbauliche Geschichten kamen, wie das „Rohweiner Tageblatt“ berichtet, am Mittwoch bei einer Schulausflugung zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Die Schulleitung führte lebhaft Klage, daß in letzter Zeit förmliche „Rauchklubs“ von Schulknaben ausgehoben worden sind. „Rauchklubs“ waren Weinberg, Gartenberg und Wundenburg. In den Geschichten waren sogar Knaben beteiligt, die das vierte Jahr zur Schule gehen, also noch nicht einmal 10 Jahre alt sind. Mit starkem Bedauern wurde im Schulausschuß davon Kenntnis genommen, da gesundheitliche Schädigungen in diesem Alter unbedingt eintreten müssen. Die Schulleitung hat sich mit einer Mitteilung an die betreffenden Eltern gewandt, aber keinerlei Antworten erhalten! Der Schulausschuß beschloß eine öffentliche Kundmachung hierzu in der Presse.

**Rohsch.** Erneuerung der Rohsburg. Das Schloß Rohsburg verfällt immer mehr, so daß eine durchgreifende Verbesserung des baulichen Zustandes vorgenommen werden muß. Die Kosten werden 80 000 Mark betragen, die zum großen Teil der Staat übernimmt. Der Bezirksausschuß beschloß, 2000 Mark beizutragen.

**Leipzig.** Revolverattentat im Kino. Am Sonnabend gegen 19 Uhr ereignete sich in einem Lichtspielhaus in Leipzig-Südtor ein aufsehenerregender Vorfall. Der 22jährige Handlungsgehilfe Franz Hermann Mehlig aus Wahren gab plötzlich, ohne daß eine Auseinandersetzung vorausgegangen wäre, auf dem Wege zur Loge auf die 18jährige Pianistin Erika G. einen Schuß ab, der das junge Mädchen in die rechte Wade traf. Die Verletzte wurde dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt, wo festgestellt wurde, daß die Wirkung des Schusses glücklicherweise nicht besorgniserregender Natur ist. Dem Schützen konnte durch den Besitzer des Kinos und einigen Besuchern die Waffe sofort entwunden werden. Die herbeigerufene Kriminalpolizei nahm den jungen Mann fest. Er hat die Tat offenbar aus Eifersucht begangen.

## Brände.

**Bauhen.** Am Donnerstag früh entstand in der Lehmann'schen Mühle, in der seit einigen Monaten der Betrieb ruht, Großfeuer, durch das erheblicher Schaden angerichtet wurde. Es wird Brandstiftung vermutet.

**Crimmitschau.** Am Mittwochabend brannte die große Scheune des Gutsbesizers Robert Jakob in Langenreinsdorf mit bedeutenden Erntevorräten, Maschinen und Gerätschaften nieder.

**Zwickau.** Großfeuer. Am Freitag früh brannte in der auf Planitzer Flur gelegenen Schauer-Ziegelei das Ringosengebäude nieder. Das Maschinen- und Kesselschhaus, sowie die Wohnräume konnten vor dem Feuer bewahrt bleiben. Als Ursache des Brandes vermutet man Selbstentzündung.

**Zwickau.** Am Sonnabend früh wurde die Zwickauer Feuerwehrgesellschaft zum zweiten Mal innerhalb 24 Stunden nach Oberplanitz gerufen, wo das Gebäude der Glaserei Sidel lichterloh brannte. Die Feuerwehre konnte sich lediglich darauf beschränken, das Feuer von den Nachbargebäuden abzuhalten, während die Glaserei vollständig niederbrannte.

# Letzte Drahtmeldungen.

## Ein Franzose über die Lösung des deutsch-französischen Problems.

Paris, 7. November. Einen recht beachtlichen Aufsatz über die Lösung des deutsch-französischen Problems veröffentlicht Fernand Corcos im „Devoir“. Einleitend zieht er einen Vergleich zwischen der Größe des Deutschlands der Vorkriegszeit und seiner Zerstörung und Ausblutung durch Versailles. Corcos erinnert Frankreich daran, daß es ohne die Waffenhilfe fast der ganzen Welt nicht hätte siegen können und seinen 40 Millionen Einwohnern 70 Millionen Deutsche gegenübersehen. Gewalt könne nicht die Rettung Frankreichs sein. Diese könne vielmehr auf der Zusammenarbeit der beiden Länder an dem Werk der Befriedung und der Zivilisation beruhen. Frankreich und Deutschland, so heißt es dann weiter, seien gegenwärtig bezüglich der Schaffung des Friedens ungleich. Frankreich treibe eine Politik über seine Kraft, zweifellos eine Politik des Friedens, aber durch kriegerische Mittel. Frankreich werde vor 1935 das besetzte Gebiet räumen müssen, denn ein gedemütigtes Deutschland lasse sich in einem befriedeten Europa nicht begreifen. Das internationale Statut der Kolonisation müsse vom Völkerverbund zum Nutzen aller Völker ohne Ausnahme ausgearbeitet werden. Die öffentliche Meinung in Frankreich sollte ohne Hintergedanken und Mißtrauen die Tatsache der deutschen Republik und den demokratischen Wert dieser Republik anerkennen. Der Artikelschreiber erklärt dann weiter: „Spielen wir nicht länger mehr das verlegende Spiel des kleinen Soldaten an den Ufern des Rheins. Nicht der Sicherheit wegen, sondern aus Provokation halten wir die Besetzung aufrecht. Belachen wir nicht und bezweifeln wir nicht die Anstrengungen einer großen Zahl hervorragender Deutscher in Politik, Presse und Industrie zugunsten der Abklärung des Hasses. Das Schicksal Frankreichs ist sicherer, sein Wirkungsbereich gewisser und die Sympathie, die es der Welt einflößt, fruchtbarer, die französische Zivilisation gewährleistet in einer freundschaftlichen Nachbarschaft ohne gegenseitige Verdächtigung!“

## Frankreichs Sorge um seine Sicherheit und das Tanger-Problem.

Paris, 7. November. Der Avenir beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Tanger-Problem, in dem u. a. erklärt wird, daß Frankreich großes Interesse daran habe, in freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien zu bleiben. Von französischer Seite müßten deshalb bei den gegenwärtigen Tanger-Verhandlungen alle nur möglichen Zugeständnisse gemacht werden. Frankreich müsse die Forderungen erwidern, die sich auf eine Lahmlegung der französischen Flotte bei einem eventuellen europäischen Konflikt abzielten. Frankreich habe großes Interesse daran, sich im Falle eines Krieges auf die Pyrenäen-Mauer stützen zu können. Nach dem Ableben König Alfons XIII. wäre man nicht mehr der wohlwollenden Neutralität Spaniens im gleichen Maße wie 1914 sicher.

## 250 Tote im amerikanischen Ueberschwemmungsgebiet.

Nach Meldungen aus New York sind im amerikanischen Ueberschwemmungsgebiet 250 Menschen umgekommen. Wie aus Montreal berichtet wird, sind die durch Hochwasser in Kanada angerichteten Schäden bedeutend größer, als die ersten Meldungen vermuten ließen. Der Präsident der kanadischen Pacific-Eisenbahn, Beatty, ist ertrunken. Er befand sich in einem Eisenbahnzug, der durch eine Flutwelle zum Halten gezwungen wurde. Die Zahl der Todesopfer in Kanada steht noch nicht fest.

### Sinrichtung in La Paz.

Wie aus La Paz (Bolivien) berichtet wird, ist der eine der vier wegen der Ermordung des früheren Präsidenten, General Pando, zum Tode Verurteilten gestern öffentlich hingerichtet worden.

### Tragisches Schicksal eines Freiballführers.

Kapitän Gray, der am Freitag in Scotts Field in Illinois mit einem Freiball aufgetreten war, um einen neuen Höhenweltrekord aufzustellen, ist jetzt bei Sparta in Staate Tennessee tot aufgefunden worden. Die letzten Eintragungen in seinem Tagebuch lauteten: „40 000 Fuß aller Ballast abgeworfen.“ Man nimmt an, daß Kapitän Gray bei dem Versuch, die Sanddecke abzuschneiden, den Zuführungs Schlauch zu seinem Sauerstoffapparat mit geschneitten hat.

### Das Fährbootunglück in Sidney.

Nach Meldungen aus Sidney gestaltet sich die Bergung der Opfer des Fährbootunglücks sehr schwierig. Das Boot ist durch starken Wellengang etwa 100 Meter nach dem Meere zu weggeschwollen worden. Ein Teil des Bracks, in dem sich der Damensalon befand, hat sich vom übrigen Schiffskörper losgerissen. Die Taucher nehmen an, daß dabei zahlreiche Leichen fortgeschwemmt worden sind, so daß sich die genaue Zahl der Toten, die 50 übersteigen dürfte, wohl niemals genau feststellen lassen wird.

## Sammlung der Sächsischen Elbzeitung

für die Opfer der Katastrophe im Ostergebirge

Schluß-Quittung.	
Füssel, Kruppen . . . . .	3.— RM
Angenannt . . . . .	10.— „
	13.— RM
Summe der 1. bis mit 13. Quittung .	2159.— „
	2172.— RM

**Schlachtviehmarkt zu Dresden vom 7. Nov.** Auftrieb: 188 Ochsen, 160 Bullen, 336 Kalben und Kühe, 52 Färsen, 619 Kälber, 693 Schafe, 3531 Schweine, zusammen 5579 Schlachttiere.  
**Preise:** Ochsen: 1. 58—63, 116, 2. 48—52, 96, 3. 40—45, 85, 4. 33—38, 76, 5. und 6. —  
**Bullen:** 1. 61—65, 108, 2. 52—58, 100, 3. 45—50, 91, 4. —  
**Kalben und Kühe:** 1. 52—56, 98, 2. 43—48, 88, 3. 31 bis 36, 74, 4. 25—28, 70.  
**Färsen:** 1. 52—58, 97, 2. 54—58, 91, 45—52, 92.  
**Kälber:** 1. 85—88, 2. 52—58, 86, 3. 54—68, 72, 4. 60—65, 123.  
**Schafe:** 1. 60—65, 125, 2. 52—58, 117, 3. 43—48, 108, 4. 35 bis 40, 99, 5. —  
**Schweine:** 1. 68—69, 86, 2. 65—67, 84, 3. 62—64, 84, 4. 48 bis 60, 79, 5. —, 6. 54—68, 79.  
**Geflügelmarkt:** 37 Rinder, davon 5 Ochsen, 2 Bullen, 28 Kühe, 91 Schafe und 27 Schweine. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewogene Tiere und schließen familiäre Spefen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufsspefen, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen: bei Rindern 20%, bei Kälbern und Schafen 18% und bei Schweinen 16%.



Der erfolgreiche Ozeanflug.

Wie das Heintel-Flugzeug mit dem Nebel kämpfte. Der Pilot Merz der in Horta gelandeten Heintel-Maschine „D. 1220“ erklärte: Die „D. 1220“ ist im Lissaboner Marinehafen trotz schwerer Belastung glänzend hochgekommen. Die uns zuteil gewordene Behandlung und Hilfe während unseres Aufenthalts in Portugal war außerordentlich freundlich. Nach dem Abflug machten wir eine Schleife über Lissabon. Auf dem Fluge nach den Azoren hatten wir erst gutes Wetter und günstigen Wind, dann häufigen Windwechsel und oft keine Sicht. Wir hielten uns zeitweise nur drei Meter über Wasser, um unter den Wolken durchzukommen. Die „D. 1220“ flog weit nördlich von San Miguel, steuerte Terceira an und überflog es, nahm dann richtigen Kurs zwischen Pico und San Jorge und landete, wie bekannt, hier im Hafen von Horta glatt. Über den weiteren Flug kann noch nichts gesagt werden. Die Seeverhältnisse waren noch nicht zu übersehen und es herrschte ziemlich Dünung.

Könnecke in Allahabad.

Der Flieger Könnecke ist in Allahabad notgelandet. Die Maschine ist beschädigt.

Kommunistendemonstrationen im Berliner Lustgarten.

Berlin, 6. November. Die Kommunisten sowie der Rote Frontkämpferbund veranstalteten am Sonntagmittag aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Sowjetrepublik eine Demonstration im Lustgarten. Die kommunistischen Redner wiesen auf die Bedrohung Sowjetrusslands durch den Weltmilitarismus hin und riefen zum Zusammenstoß des Proletariats gegen Sozialdemokratie und Bürgerliche zur Erreichung der proletarischen Diktatur in Deutschland auf. Beim Anmarsch eines Demonstrationszuges aus Schöneberg kam es auf der Vorstraße zum Zusammenstoß mit der Polizei, da die Kommunisten die Polizei beleidigende Rieder sangen und diese zum Einschreiten zwang. Sie mußten schließlich mit Hilfe des Gummiknüppels die Ordnung wieder herstellen. Zwei Demonstranten trugen dabei leichtere Verletzungen davon, zwei andere, darunter eine Frau, wurden wegen Beleidigung der Polizei festgesetzt.

Schwere Zusammenstöße.

Am Nachmittag um 3 1/2 Uhr kam es bei der Rückkehr einer kommunistischen Abteilung von der Rundgebung im Lustgarten am Dranienplatz zu schweren Zusammenstößen. Als Beamte der Schutzpolizei zur Festnahme eines Demonstranten schreiten wollten, wurden sie von den Kommunisten umringt, die mit Fahnenstangen und Säcken auf sie einschlugen. Dabei wurden einige Schupobeamte schwer oder minder schwer verletzt. Der kommandierende Hauptmann wurde von einer großen Uebermacht in den Tschako eines mehrere Messerische auf. Ein Polizeibeamter gab Eingang eines Kaufhauses gebrängt und schwer mißhandelt. Sein einen Schuß in die Luft ab, worauf es gelang die Menge zu zerstreuen.

Eine Stunde später kam es in der Gegend der Martin-Opitz-Straße zu einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Kommunisten und Anhängern der SPD. Nach dem Polizeibericht versuchten Kommunisten, die Rundgebung der SPD-Anhänger zu stören. Die Polizei griff ein, wurde aber von den Kommunisten angegriffen, und ein Polizeibeamter mußte von seiner Waffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein 20jähriger Kommunist durch einen Brustschuß verletzt.

300 Tote durch Hochwasser.

Die neue Unwetterkatastrophe in Amerika. Wolkenbrüche richteten im Staate Newyork und in New England ungeheuren Schaden an. Über die Stadt Nektore, 150 Kilometer nördlich von Madras, segte ein Wirbelsturm hinweg, der schweres Unheil anrichtete. Nach den vorliegenden Meldungen sind über dreihundert Personen umgekommen und viele hunderte verletzt worden. Die Hauptstadt des Staates Vermont, Montpelier, wurde am schwersten betroffen. In den späten Nachtstunden wurde die Zahl der Toten allein in dieser Stadt auf etwa 165 bis 200 geschätzt.

Der Connecticut-Fluß ist über die Ufer getreten und der Bahnverkehr nach Kanada und nach anderen Richtungen infolge der Überschwemmungen unterbrochen. Staubedecken und Dämme sind gebrochen, Brücken weggeschwemmt, Mühlen und Fabrikbetriebe mußten stillgelegt werden. In zahlreichen Ortschaften reicht das Wasser bis zum zweiten Stockwerk. Die Straßen in Montpelier (Vermont) stehen tief unter Wasser. In dem bedeutenden Bahnknotenpunkt White River Junction (Vermont) ist der Schaden besonders groß. In der Ortschaft Bedet (Massachusetts) wurden 400 Wohnhäuser und mehrere Fabrikanlagen infolge Versinkens des anderthalb Kilometer entfernten Staubedeckens fortgeschwemmt. In einigen Gegenden dauerte der wolkenbruchartige Regen zwei Tage. Der Hudson-Fluß bei Albany weist einen Stand von zehn Fuß über normal auf. Die Straßen der Flußseite von Albany sind überflutet. Überall wurde das Getreide vernichtet, die Starkstromleitungen unterbrochen. In mehreren Ortschaften erfuhr selbst die Zufuhr von Trinkwasser eine zeitweilige Unterbrechung.

Das Schicksal Montpeliers.

Die Vernichtung über das Schicksal der Stadt Montpelier wächst, da keine weitere Meldung von dort eingegangen ist. Der Bahnverkehr, die telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit Montpelier sind unterbrochen. Heeresflugzeuge und Wasserflugzeuge sind angewiesen worden, das überschwemmte Gebiet zu überfliegen. Nach Meldungen aus dem Überschwemmungsgebiet sind Tausende obdachlos. Die Notlage wird durch das kalte Wetter noch erhöht, auch wird jede Hilfeleistung durch die Unterbrechung der Verbindung behindert. In zahlreichen Städten, wie in Boston, droht Mangel.

Sturmflut in Kamtschatka.

Kowno, 6. November. Wie aus Wladiwostok gemeldet wird, ist vorgestern nacht eine neue große Sturmflut über Kamtschatka hereingebrochen, die außerdem noch auf der Kommandors-Insel großen Schaden angerichtet hat. Ein russisches Kriegsschiff ist untergegangen. Die halbe Besatzung ist dabei ertrunken, 14 Personen wurden gerettet. Nach einer weiteren halbamtlichen Meldung sind 9 Fischerboote mit forensischer Besatzung untergegangen.

135 Frauen und Kinder getötet.

Beim Einsturz eines Kinotheaters. In Shanghai stürzte ein Saal in einem Lichtspieltheater ein. 135 Frauen und Kinder verunglückten tödlich, 200 wurden schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich während einer Versammlung chinesischer Textilarbeiterinnen, die anlässlich der Gründung einer neuen Arbeitergewerkschaft stattfand.

Die Versammlung der Textilarbeiterinnen fand im dritten Stockwerk des Hauses statt. Infolge des Durchbruchs dieses Stockwerkes wurde das zweite Stockwerk durchgeschlagen. Die Menschen wurden unter den Trümmern begraben. Chinesische Truppen halfen der Polizei, die Toten und Verwundeten zu bergen. Unter den Toten befindet sich auch als einziger Mann der Arbeiterführer Denshin.

Das Kinogebäude als Totenhaus.

Ueber den Zusammensturz eines Kinogebäudes in Shanghai, bei dem eine große Anzahl von Frauen getötet wurde, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Etwas 500 Mitglieder der Frauenteilorganisation hielten in einem Dorf im Chapei-Biertel von Shanghai eine Versammlung ab, um eine neue Arbeiterunion zu bilden. In dem Augenblick, in dem sich die Teilnehmer der Versammlung erhoben, um zu der Wahl der Führer zu applaudieren, stürzte das Gebäude ein. 135 Frauen und Kinder wurden getötet, etwa 200 schwer verletzt. Der dritte Stock des Gebäudes, in dem die Versammlung stattfand, stürzte ohne vorherige Anzeichen mit lautem Krach auf den zweiten Stock, der dem starken Anprall nicht standhielt und, gefolgt von einfallenden Wänden, Steinen und Balken, weiterstürzte.

Einweihung des Ehrenmals für die deutschen Internierten in Bern.

Bern, 6. November. Auf dem hiesigen Bremgartenfriedhof wurde heute in Anwesenheit des deutschen Gesandten und zahlreicher Mitglieder der deutschen Kolonie das Ehrenmal für die während des Weltkrieges in der Schweiz verstorbenen deutschen Internierten eingeweiht. Nach Ansprachen eines Vertreters des deutschen Kriegerbundes und der deutschen Kolonie legte Minister Dr. Müller unter ehrenden Worten für die Opfertat der verstorbenen Soldaten im Namen des Deutschen Reiches einen Kranz nieder. Nach weiteren Kranzniederlegungen wurde die schlichte Feier durch Liedervorträge des deutschen Sängerbundes geschlossen.

Aus der Eschschostawaki.

Ukrobatenspiel mit dem Leben.

In Kreibitz in Nordböhmen trat im Juli v. J. eine Ukrobatentruppe auf, deren Sensation das Lebendigbegraben eines Mitgliedes war. Zu diesem Zwecke wurde ein 1,70 Meter langes und entsprechend tiefes Grab ausgehoben, in das sich der Artist Hermann Rusida setzte, worauf das Grab wieder zugeschüttelt wurde. Als Sicherheitsvorrichtung hatte Rusida eine Spagatschnur an die Hand gebunden, dessen anderes Ende das zweite Mitglied der Truppe Swerepa hielt. Im Notfall sollte Rusida durch Ziehen das Zeichen zum Ausgraben geben. Er wollte es 30 Minuten lang im Grabe aushalten. Als nach einer Viertelstunde ein Zuschauer rief, daß der Begrabene ersticken werde, besagte sich Swerepa endlich, das Grab aufzuschließen. Der Ukrobat war aber bereits tot. Der Zuschauerschaft bemächtigte sich eine große Erregung und Swerepa mußte flüchten, da er verprügelt werden sollte. Nach dem ärztlichen Befund wurde der Tod durch Ersticken herbeigeführt. Vor der Vorstellung hatte die Geliebte Rusidas vielen Freund und weinend gebeten, das Kunststück zu unterlassen. Rusida wehrte jedoch ab, da er andernfalls nicht genug zum Leben verdienen könne und seine anderen Vorstellungen keine Anziehungskraft mehr ausübten. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen die Gehilfen bei dem Kunststück, Swerepa und Weit, die Anklage. Swerepa wurde dieser Tage zu 4 Monaten Arrest verurteilt. Weit ist unbekanntem Aufenthaltsort.

Der grosse Karner



ROMAN WOLFGANG MARKEN

Urheberrechtsschutz durch Verlag Oskar Meister in Werdau (Sa.)

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Na ja, ich glaube Ihnen schon. Aber es ist zu schade. Sagen Sie, wird das Karnerwerk so gigantisch, wie Ihre letzten Schilderungen vermuten lassen?“

Der Berichterstatter nickte und sagte begeistert: „Ja, ich habe nicht übertrieben. Was in den zwei Monaten geschaffen worden ist, grenzt an ein Wunder. Sechs Hallen stehen im Rohbau da. Die Erzeugungsabteilung ist fertig. Sie ist nicht groß, bedeckt vielleicht dreihundert Quadratmeter. Man schüttelt den Kopf, wenn man bedenkt, daß darin die ungeheuren Massen Strom erzeugt werden sollen.“

Der Chefredakteur stimmte ihm zu. „Und dann... das andere Wunder. Karner baut Fabrikanlagen von gewaltigen Ausmaßen. Was er darin schaffen will, weiß noch keiner, und er verweigert jede Auskunft. Das elektrische Werk ist bei weitem nicht von dem Ausmaße wie die Fabrikstadt Karners. Ich habe siebzehn Fabriken gezählt, die im Werden sind. Eine ist mit der anderen verbunden. Ich vermute stark, daß es sich um ein einziges Unternehmen handelt. Ich bin überzeugt, daß Karner uns noch sehr überraschen wird.“

„Daran ist nicht zu zweifeln. Und... die Karnerstadt selbst?“

„Der Bau schreitet rüstig vorwärts. Ich beneide alle, denen es vergönnt sein wird, dort zu wohnen. Es wird eine grüne Stadt. Nach meiner Schätzung wird sie acht- bis zehntausend Menschen aufnehmen können. Karnerwerk und Karnerstadt soll eine elektrische Schnellbahn verbinden.“

Interessiert hörte der Chefredakteur zu. „Es ist das Selbstanste, was ich in meinem Leben bisher kennengelernt habe. Kommt aus dem Dunkel ein Mann, den niemand kennt, ein Mann namens Karner. Er bringt eine weltumwälzende Erfindung und scheint phantastisch reich zu sein. Alle Welt staunt, debattiert über die Möglichkeiten, die sich ergeben können, streitet für und wider. Er aber hört nicht darauf. Er schafft und baut, steckt Millionen in ein gigantisches Unternehmen, das doch zumindest noch problematisch ist.“

Woll Hochachtung war seine Rede. Der Reporter nickte. „Man beginnt ihn aber langsam sehr ernst zu nehmen. Die Elektrizitätsgesellschaften fangen an, nervös zu werden. Die Ruhe und Sicherheit Karners, der sich auf nichts, aber auf gar nichts einläßt, bedrückt. Wenn Herr Karner tatsächlich den Strom so billig erzeugt, dann kann keine Gesellschaft mit ihm konkurrieren.“

Elektrizitätsgesellschaften machen vielleicht nicht einmal ein schlechtes Geschäft, wenn sie sich mit Herrn Karner verbinden. Aber mit dem Kohlenbergbau wird es dann katastrophal. Schließlich heißt es aber doch abwarten. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekostet wird.“

„Ja, sicher! Uebrigens habe ich gehört, daß man Herrn Karner zu der im August stattfindenden Tagung der Elektrizitätsgesellschaften laden will.“

„Interessant. Das möchten wir morgen mitbringen.“

„Was haben Sie jetzt noch für mich, Herr Doktor?“

„Wunderbar! Ich sah ihn der Chefredakteur an. „Für Sie? Sie fahren selbstverständlich wieder in Karners Nähe zurück und suchen zu erhaschen, was zu erhaschen ist. Ich will Herrn Karner dauernde Beachtung in unseren Spalten schenken. Ich möchte einmal stolz darauf sein, daß ich die Bedeutung dieses Mannes von vornherein richtig erkannt habe.“

Also reiste Holling nach Portau zurück.

Karners Wert wuchs. Er hatte sich in Hallenbach die richtige Kraft herangeholt. Der war von früh bis spät auf den Beinen und schaffte mit heller Begeisterung.

Oft mahnte ihn Karner, sich nicht zuviel zuzumuten, aber Hallenbachs Antwort war stets ein helles Lachen. Er fühlte sich bei dem Tempo in seinem Element.

Hatte man erst über Karners Projekt gelächelt — trotz des begeisterten Eintretens Helmholts' für die Erfindung — so wurde es doch, als die ersten Berichte über das werdende Werk und die werdende Stadt in der Presse erschienen, anders.

Karners Schweigen und seine Devise: „Mein Werk soll reden!“ imponierte ungeheuer.

Auch das Ausland war auf dem Plan. Aber Karner ließ sich auf keinerlei Verhandlungen ein, und Hallenbach lehnte darum höflich aber bestimmt ab.

Die größten Anstrengungen machte Amerika. Man hatte dort die beste Nase. Man sah voraus, daß Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft mit einem Schlag eine führende werden könne, wenn... ja wenn es eben Tatsache wurde, daß Karner in der Lage war, den Strom zu dem Spottpreis zu liefern. Dann wurde die Elektrifizierung Deutschlands Tatsache, und man konnte bestimmt mit einer Senkung des Preisniveaus rechnen. Die Produktion mußte sich vervielfachen! So kalkulierten Amerika und rechnete besser als zahlreiche deutsche Industrielle, Wirtschaftler und Wissenschaftler, die nachzusehen suchten, daß ja die Stromerzeugung nicht in der Hauptsache die Kosten ausmachten, sondern die Anlagekosten, die Regiekosten.

Amerika kalkulierte gut. Es wußte, daß die Möglichkeiten für Deutschland ungeheuer werden konnten.

Aber es nützte alle Bemühungen nichts. Amerika mußte warten. Alle Pressestimmen, alle persönlichen Versuche, ja selbst die Anfragen der Regierung glitten an Karner ab. Er sagte: „Mein Werk soll reden!“

Ende August war die Tagung der Elektrizitätsgesellschaft in Berlin.

Die Tagung wurde zum Weltereignis. Nicht nur ganz Deutschland, sondern die ganze Welt war gespannt. Sogar aus Uebersee hatten sich zahlreiche Journalisten eingefunden.

Als der blonde Hüne Hallenbach die Tribüne bestieg, um im Namen Karners zu sprechen, wurde es mit einem Male totenstill im Saale.

Hallenbach sprach, und es war allen, als wäre in seiner Rede der Atem einer neuen Zeit.

Er sprach klar und deutlich. Jedes seiner Worte war scharf geprägt und hinterließ keine Frage.

Er teilte der Versammlung mit, daß die Karnerwerke am 1. September die Produktion aufnehmen könnten, wenn auch für die erste Zeit nur teilweise.

Die Ziffern über die mögliche Herstellungsmenge setzten alle in Staunen. Sie waren ungeheuerlich und erregten Widerspruch.

Hallenbach fuhr fort: „Wir sind in unserem einzigen deutschen Werk in Mitteldeutschland in der Lage, ganz Deutschland mit Strom zu versorgen, vielleicht die Welt. Herr Karner glaubt das letztere, möchte sich aber darauf noch nicht festlegen.“

Sie stehen meinen Ausführungen vorläufig mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Ich verübele Ihnen das nicht, obwohl Herr Karner dem Wirtschaftsminister Herrn von Willgreue und Herrn Professor Helmholz den Nachweis durch seine Demonstrationen erbracht hat.

Meine Herren! Das elektrische Zeitalter ist da! Herr Karner erzeugt tatsächlich die ungeheure Menge Strom zu einem Preisminimum. Stemmen Sie sich nicht gegen die neue Zeit, sondern gehen Sie mit uns. Herr Karner will mit Ihnen zusammen die große Aufgabe, restlose Elektrifizierung Deutschlands bis in den kleinsten Haushalt, Ausschaltung der Kohle und damit Vereinfachung der ganzen Betriebswirtschaft, durchführen. Und gut durchführen, das heißt rasch durchführen.“

Die klaren, sicheren Worte machten Eindruck. Hallenbach sprach aus einer so starken Ueberzeugung heraus, daß der Widerstand gegen Karner und sein Werk zu schmelzen begann. Man nahm die Worte des blonden Hünen beinahe als etwas Positives auf, die Zweifel begannen zu schwinden.

Nach ihm erhob sich Geheimrat Schülle, ein schlanker, sehr nervöser Herr, der ständig mit seinem Kneifer spielte.

„Haben Sie sich schon einmal die ungeheuren Kosten der Leitungen von Ihrem Werk aus durch ganz Deutschland ausgerechnet, Herr Hallenbach?“ fragte er ironisch. „Ich möchte behaupten, daß damit der ganze geniale Gedanke des Herrn Karner illusorisch gemacht wird. Sie müßten darin ein so ungeheures Kapital investieren, dessen Verzinsung viel Geld erfordert und es absolut unmöglich macht, zu dem Preise zu liefern.“

(Fortsetzung folgt.)

## Die lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Beratungen im Strafrechtsausschuß.

Die kommunikativen und sozialdemokratischen Anträge auf Befreiung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe wurden vom Rechtsausschuß bei Beratung des neuen Strafrechtsentwurfes abgelehnt.

Ministerialdirektor Bunte vom Reichsjustizministerium wies bei der Debatte über die Zuchthausstrafe auf die Kriminalstatistik hin, aus der hervorgehe, daß auf lebenslängliches Zuchthaus von den Gerichten nur verhältnismäßig selten erkannt werde. Das Hauptverwendungsgebiet der lebenslänglichen Zuchthausstrafe seien eben die Fälle, in denen eine Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt werde. Schon deshalb sei das lebenslängliche Zuchthaus nicht entbehrlich.

Ministerialrat Schäfer (preussisches Justizministerium) gab einige statistische Zahlen bekannt, wieviel Verurteilte in preussischen Anstalten seien, um eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen, und wie viele diese Strafe tatsächlich lebenslänglich verbüßten. Nach einer statistischen Erhebung vom April 1922 sahen damals in preussischen Anstalten 335 Gefangene, die eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen hatten; darunter waren nur 38, die über zehn Jahre saßen. Von diesen 38 saßen 12 schon über fünfzehn Jahre, weitere 11 über zwanzig Jahre. Nach einer genaueren Statistik vom Januar 1927 saßen zu diesem Zeitpunkt in preussischen Zuchthäusern 585 Gefangene, die eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen hatten; darunter waren 479, die zuerst zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden waren. Nur 105 waren von vornherein zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Von diesen 585 saßen 560 noch nicht länger als zehn Jahre, nur 7 länger als fünfzehn Jahre und weitere 2 länger als zwanzig Jahre. Diese Statistik zeige einmal, daß die große Masse derer, die eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen hätten, solche sind, die vorher zum Tode verurteilt waren. Weiter zeige sie aber, daß es tatsächlich eine Ausnahme ist, wenn ein Verurteilter länger als fünfzehn Jahre im Zuchthaus sitzt.

## Dr. Becker für den Einheitsstaat.

Jahresfeier der Hochschule für Politik.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltete in Berlin ihre Jahresfeier vor einem zahlreichen Publikum, unter dem nam Reichsanwalt Dr. Marx und zahlreiche andere Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, Abgeordnete beider Parlamente, führende Gelehrte, Künstler, Wirtschaftler und Journalisten bemerkte.

Der preussische Kultusminister Dr. Becker entwickelte den Gedanken der Unentbehrlichkeit politischer Bildung vom kulturpolitischen Standpunkt aus. Die wissenschaftliche Vertiefung fordere von der praktischen Politik der Gegenwart ein Eingehen auf das Problem der staatsrechtlichen Gestaltung. „Unser Volk glaubt noch“, so meinte der Minister, „die Wahl zwischen Föderalismus und Unitarismus zu haben; ich habe mich jedoch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß uns nur der Unitarismus allein bleibt.“ Die geistige Kultur sei demgegenüber an sich föderalistisch und könne nicht in das Prokrustesbett der Zentralisierung gezwängt werden. Aber es bleibe nur die Wahl zwischen einem kostspieligen Verwaltungsapparat oder einer historischen Kulturautonomie der Länder, die seit Weimar allein tatsächlich im Wettstreit mit einem durch Selbstverwaltung gemilderten Unitarismus liege. Dr. Becker forderte, daß hier die Konkurrenz zwischen Reich und Ländern nicht zum Schaden für die Kultur ausarten dürfe.

Einem Jahresbericht der Hochschule, erstattet vom Ministerialrat Dr. Simon, schloß sich der Festvortrag des Kölner Philosophen Prof. Dr. Max Scheler „Der Mensch im Weltalter des Ausgleichs“ an.

## Freispruch im Heydebrand-Prozess.

Die Plädoyers.

Das Breslauer Schwurgericht sprach nach eingehender Beratung den angeklagten Regierungsrat von Heydebrand frei. Der Mord an seiner Gattin sei nicht erwiesen. Über den Verlauf des letzten Verhandlungstages wird noch berichtet:

In dem Prozess gegen den Regierungsrat von Heydebrand, der des Gattenmordes angeklagt war, wurden im Laufe der weiteren Verhandlungen zunächst die medizinischen Sachverständigen vernommen, die über

das Leiden der Verstorbenen Auskunft gaben. Mehrere hervorragende Ärzte aus Berlin und aus Breslau sagten übereinstimmend aus, daß sie an schweren nervösen Zuständen und an einer beginnenden Gehirnkrankheit (Paralyse) gelitten hat. Bereits im Jahre 1919 war ihr Leiden schon weit fortgeschritten. Es folgte dann die Vernehmung der Sachverständigen,

nach deren Gutachten ein Mord unwahrscheinlich wäre, ein Selbstmord aber sehr wohl möglich. Die Sachverständigen haben während eines Lokaltages die Situation der Todesnacht zu imitieren versucht. Dabei kamen sie zu der Auffassung, daß der von dem Angeklagten angegebene Tatbestand bei der Erschießung der richtigen wäre, während die belastenden Aussagen der Wirtschaftlerin unwahrscheinlicher seien. Die Patronenhilfe habe links von der Leiche gelegen. Aus der Lage der ausgeworfenen Hülle ergabe sich ferner die Notwendigkeit, daß sie nicht von fremder Hand erschossen sein könne. Ein Wuchsenfachverständiger, der in der Voruntersuchung Selbstmord für unwahrscheinlich gehalten hat, kam nach den eingehenden Versuchen während des Lokaltages zu derselben Ansicht wie die übrigen Sachverständigen. Es folgte dann

das Plädoyer des Staatsanwalts, während dessen der Zuschauerraum überfüllt war. Er betonte wohl, daß der Schatten des Verdachtes von dem Angeklagten nicht genommen werden könne. Ein alter Grundgedanke der Juristen, der schon von den Römern herrührt, lautet aber: Im Zweifelsfalle für den Angeklagten (in dubio pro reo). Das Gericht hätte nicht die Schwirrigkeit und den Charakter des Angeklagten als maßgebend anzusehen, sondern nur die Sprache der Tatsachen zu beurteilen. Tatsachen seien außer der Frau Anders nicht vorhanden, deren Wissen aber sehr beschränkt wäre. Die Angaben des Oberpfarrers Schäfer über den Charakter der Verstorbenen stimmten nicht mit den Aussagen der anderen Zeugen überein. Die Gegensätze zwischen beiden Ehegatten waren kaum zu überbrücken, denn der Mann war ein Anhänger des Altkatholizismus, sie dagegen eine gläubige Christin. Dessenungeachtet habe man sich aber hier mangels genügender Beweise für den Angeklagten zu entscheiden.

## Begründung des Heydebrand-Freispruchs

Ein anständiger und ehrlicher Mensch.

Die Beratung des Breslauer Gerichts im Prozess gegen den Regierungsrat von Heydebrand und von der Lage dauerte dreiviertel Stunden. Das Urteil lautete: „Der Angeklagte wird freigesprochen, die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.“ In der Begründung heißt es u. a.: „Bei der Prüfung der Schuldfrage mußte das Gericht abwägen, ob irgendwelche positiven Tatsachen für die Schuld gegen den Angeklagten vorliegen. Das sei nicht der Fall. Das Gericht ist zu der Ansicht gekommen, daß es nicht richtig ist, daß der Angeklagte ein geldgieriger Mensch sei. Es ist auch nicht richtig, daß er eine Geldheirat geschlossen habe, vielmehr habe er seine Frau aus Neigung geheiratet. Er sei ferner ein sparsamer und bedürfnisloser Mensch. Das Charakterbild des Angeklagten lasse den Schluss zu, daß ihm eine solche Tat nicht zuzutrauen sei. Er sei ein anständiger und ehrlicher Mensch, allerdings mit gewissen Sonderheiten. Die Sachverständigen haben die Angaben des Angeklagten über die traurige Tat voll unterstützt. Der Befund spricht mit einer sehr großen Wahrscheinlichkeit, daß Frau von Heydebrand Selbstmord begangen hat. Dazu kommt, daß Frau von Heydebrand eine schwer nervenleibende Frau war, die zu Affektstörungen neigte. Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, mußte das Gericht zu der Überzeugung kommen, daß die Frau in einem Zustande der Verzweiflung gewesen sei, die zum Teil auch aus der misslungenen Versöhnung in der traurigen Nacht resultierte. Das Gericht ist der Ansicht, daß die Unschuld des Angeklagten in vollem Umfange erwiesen sei, und hat ihn deshalb freigesprochen.“

## Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 5. November.

\* Börsebericht. Tendenz: Schwach. Die wenig günstigen Kapitalverhältnisse der Vereinigten Stahlwerke beeinflussten die Börse ungünstig. Spezialwerte verloren bis zu 10 Prozent. Die Geschäftstätigkeit ging — wie gewöhnlich an Sonnabendbörsen — auf ein Minimum zurück. F. G. Farben schlossen mit 260 1/2 Prozent. Am Geldmarkt war Tagesgeld weiterhin sehr flüssig. Man nannte einen Satz von 4 1/2 bis 6 Prozent. Stärker begehrt war dagegen Monatsgeld, das sich wieder auf 8 1/2 bis 9 1/2 Prozent stellte.

\* Devisenbörse. Dollar 4,18—4,19; engl. Pfund 20,37—20,41; holl. Gulden 168,69—169,03; Danz. 81,4 bis 81,65; franz. Franc 16,41—16,45; Schweiz. 80,68 bis 80,74; Belg. 58,31—58,43; Italien 22,86—22,90; schwed. Krone 112,53—112,75; dän. 112,14—112,36; norw. 110,3 bis 110,56; tschech. 12,40—12,42; österr. Schilling 59,04 bis 59,18; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,87—47,07.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 5. Nov. Die schwachen Tendenzberichte Amerikas riefen eine mattere Stimmung nur zweien aufkommen, aber das Geschäft entwickelte sich dabei so schwerfällig, daß es be- ginn des Marktes schwerfiel. Anjansnotierungen zu erhalten. Für Roggen waren die Auslandsforderungen un- verändert. Das Inlandsangebot blieb mäßig und in der Preisen behauptet. Von Provinzmühlen war manche Nachfrage für Western- und guten deutschen Roggen vorhanden. Im Lieferungsgeschäft konnten sich die Notierungen teils be- halten, teils, besonders für spätere Sicht, etwas versteifen. Von Gerste sind auf Gebote ziemliche Mengen zugesagt; es zeigte sich wieder reichliches Angebot bei durchschnittlich schwächerer Tendenz. Bei Hafer fehlte es nicht an Material, doch hindert die Differenz zwischen Forderung und Gebot größeres Geschäft. Export ist gegenwärtig auch insofern ge- worden. Mais blieb still; über Mehl wird bezüglich des Ab- satzes und der erzielbaren Preise dauernd geklagt.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	5. 11.	4. 11.		5. 11.	4. 11.
Weiz., märk.	239-242	240-243	Weiz. l. Vrl.	14,5-14,7	14,5-14,7
„ pommersch.	—	—	Moogl. l. Vrl.	14,7-15,0	14,7-15,0
Roggen, märk.	231-235	231-235	Haas	335-345	335-345
„ pommersch.	—	—	Leinfaat	—	—
„ westpreuß.	—	—	Wlt.-Erbsen	52-57	52-57
Braugerste	220-264	220-265	ll. Speiseerb	35-37	35-37
Futtergerste	—	—	„	22-23	22-24
Hafer, märk.	196-208	196-209	Futtererbsen	21,0-22,0	21-22
„ pommersch.	—	—	Welschen	22-24	22-23
„ westpreuß.	—	—	Aderbohnen	22,0-24,0	22,0-24,0
Weizenmehl	—	—	Lupin. blaue	13,7-14,5	13,7-14,5
v. 100 kg fr.	—	—	„ gelbe	14,7-15,5	14,7-15,5
Bl. br. inkl.	—	—	Serabelle	—	—
Sad (feinst.)	—	—	Napsuchen	15,9-16,2	15,9-16,2
Mrt. u. Not.	31,0-34,2	31,0-34,2	„	22,3-22,5	22,3-22,5
Roggenmehl	—	—	Erbsenschl.	10,7-10,8	10,7-10,8
100 kg fr.	—	—	„	20,0-20,4	20,0-20,4
Berlin br.	—	—	„	—	—
inkl. Sad	31,5-33,2	31,5-33,2	Torfml. 30/70	—	—
			Startstoffltd.	23,0-23,4	23,4-23,9

## Schachfällungen und Schachschut.

Von Hanns Wagner-Berlin.

Mit dem Anwachsen des bargeldlosen Verkehrs werden Scheck- oder Wechselsfällungen immer häufiger. Vielfach ist es die Fahrlässigkeit der Aussteller selbst, die erst die Fällung ermöglicht. Aber selbst wenn alle Vorsichtsmassregeln beachtet werden, sind leider immer noch verbrecherische Korrekturen möglich. Es gibt wahre Künstler auf diesem Gebiet.

Soweit Schecks und Wechsel in Frage kommen, wird es bei Fällungen meist erforderlich sein, daß bereits ausgefüllte Teile wieder entfernt werden. Verschiedene Säuren, die leicht zu beschaffen sind, werden auf die Schriftzeichen übertragen und bewirken eine chemische Zerfetzung und Auflösung der Tinte. Die freigelegten Stellen können bequem zu den beliebigen Fällungen benutzt werden. So leicht aber auch die Fällungen vorgenommen werden, so sind sie doch stets mit Hilfe der Chemie zu erkennen. Zumeist kommen diese Feststellungen allerdings zu spät, und der eingetretene Schaden ist dann nicht mehr gut zu machen.

Verschiedene bekannte Fabriken haben Tinten hergestellt, die trotz aller chemischen Behandlung nicht gänzlich zu vernichten sind. Entweder bleibt immer ein gewisser verräterischer Farbton bestehen, oder aber es müssen so scharfe reizende Chemikalien angewendet werden, daß sie zugleich mit der Tinte auch das Papier zerstören. Damit ist natürlich die beabsichtigte Fällung verhindert. Diese Sicherheitsstinten sind amtlich geprüft und anerkannt. Eine andere Sicherheitsmassnahme ist die Durchleuchtung mit ultravioletten Strahlen, wodurch auch die dem menschlichen Auge nicht erkennbaren Fällungen aufgedeckt werden. Bei den Postämtern und bei vielen Großbanken kommt kein Scheck zur Auszahlung, der nicht vorher „gerünt“ worden wäre.

Der Scheckschutz geht aber noch weiter. So hat die Papierindustrie Sicherheitspapiere erfunden, auf denen nicht nur die schützenden Wasserzeichen vorhanden sind, sondern die überhaupt jeden leisen Versuch einer Fällung sofort kenntlich machen. Diesen Papieren wurden bei der Herstellung Chemikalien beigelegt, die bei den Versuchen, Fällungen durch Säuren vorzunehmen, derart reagieren, daß sie einen nicht mehr zu entfernen braunen, blauen, violetten oder rötlichen Fleck hinterlassen, der auch auf der Rückseite des Papiers sichtbar wird. Das ist wohl der bisher sicherste Schutz gegen die unzähligen Scheck- und Wechselsfällungen.

Leider gibt es jedoch noch immer eine große Anzahl Banken, die dieses Papier nicht für ihre Scheckformulare verwenden, da es bedeutend teurer ist als sonst übliche Dokumentenpapier. Selbstverständlich kann dieses Papier, wie auch das staatlich geprüfte und zugelassene Dokumentenpapier, von Privatpersonen nicht erworben werden. Eine andere Art von Sicherheitspapier besteht aus drei Schichten, die fest aufeinandergeklebt sind und leicht lösbar sind. In beiden anderen Schichten sind derart empfindlich, daß sie bei jedem Versuch der Fälschung durch eine Säure oder durch eine Behandlung mit chemischen Substanzen zerstört werden. Es wird dann die mittlere Schicht sichtbar, die in steter Wiederholung das rot gedruckte Wort „ungültig!“ zeigt. Im Ausland, namentlich in Amerika, wird dieses Scheckpapier mit großem Erfolge benutzt.

Die Bankinstitute sind wohl berechtigt, aber nicht verpflichtet, die ihnen zur Auszahlung vorgelegten Papiere auf ihre Echtheit hin eingehend zu prüfen. Jedes Geldinstitut weist in seiner Geschäftsordnung, die allen Kunden ausgehändigt wird, darauf hin, daß der Inhaber von Scheckheften keinen Anspruch auf Entschädigung erheben kann, wenn diese ganz oder teilweise durch Diebstahl oder sonstige in Verlust geraten. Den Schaden trägt in der Regel der Kunde, auch dann, wenn trotz aller Vorsicht ein unglücklicher Zufall eine Fälschung ermöglicht.

## Marie Curies 60. Geburtstag.

Marie Curie, die im Jahre 1898 in Gemeinschaft mit ihrem 1906 infolge eines Unfalles verstorbenen



Gatten, dem Physiker Pierre Curie, das Radium entdeckt hat und dadurch zu Weltberühmtheit gelangt ist, wird am 7. November 60 Jahre alt. Sie ist Polin von Geburt (geb. Sklodowska) und kam aus ihrer Vaterstadt Warschau nach Paris, um Physik zu studieren. In jungen Jahren schon wurde sie Professor der Physik an der Sorbonne, der Pariser Universität. 1903 erhielt das Ehepaar Curie gemeinsam mit Becquerel den Nobelpreis für Chemie; im Jahre 1911 erhielt Marie Curie — ein ganz ungewöhnlicher Fall in der Geschichte der Nobelfestigung — den Preis noch einmal, diesmal für wichtige Forschungen auf dem Gebiete der Physik.

Wie sieht es heute in Russland aus? Diese Frage beschäftigt uns seit zehn Jahren. Eine Antwort erteilt ein Bilderaufsatz in der neuesten Nummer der „Münchener Illustrierten Presse“ (Nr. 45), aus dem man erfährt, daß das Mißdewo sich auch unter dem neuen Regime nicht geändert hat. — Von dem Sensations-Projekt Schwarzbard in Paris werden interessante Bilder gezeigt. — Eine Seite ist Kinderzeichnungen gewidmet, die gerade mit der jüngsten Kunst in so engem Zusammenhang stehen. — Eigenartig sind die Bilder, die das Thema „Maffen, Zahlen, Rekorde“ behandeln. — Wir nennen noch die Bilderfolgen „Es gibt noch Apachen“ und „Die Werkstoff-Schau“ in Berlin. — Diese Nummer enthält auch die letzten Bilder der schönen Ziegfeld-Girls aus dem Preiswettbewerb der „Münchener Illustrierten“. — Im Unterhaltungsteil befindet sich die erste Fortsetzung des spannenden Romans „Die Zauberei der Euglena“.

## Bücher und Zeitschriften.

Wie sieht es heute in Russland aus? Diese Frage beschäftigt uns seit zehn Jahren. Eine Antwort erteilt ein Bilderaufsatz in der neuesten Nummer der „Münchener Illustrierten Presse“ (Nr. 45), aus dem man erfährt, daß das Mißdewo sich auch unter dem neuen Regime nicht geändert hat. — Von dem Sensations-Projekt Schwarzbard in Paris werden interessante Bilder gezeigt. — Eine Seite ist Kinderzeichnungen gewidmet, die gerade mit der jüngsten Kunst in so engem Zusammenhang stehen. — Eigenartig sind die Bilder, die das Thema „Maffen, Zahlen, Rekorde“ behandeln. — Wir nennen noch die Bilderfolgen „Es gibt noch Apachen“ und „Die Werkstoff-Schau“ in Berlin. — Diese Nummer enthält auch die letzten Bilder der schönen Ziegfeld-Girls aus dem Preiswettbewerb der „Münchener Illustrierten“. — Im Unterhaltungsteil befindet sich die erste Fortsetzung des spannenden Romans „Die Zauberei der Euglena“.

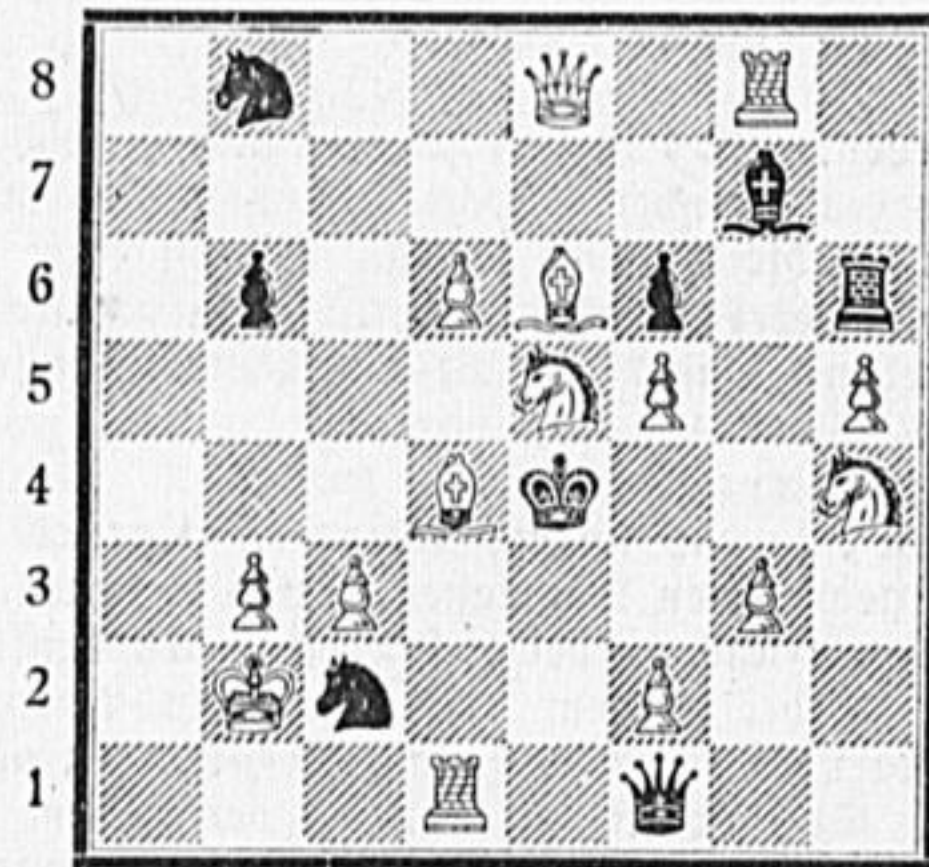
## Schachzettel

bearbeitet vom Schachverein Bad Schandau.

Problem 103

von Bruno Sommer (Neue Leipz. Ztg., 1927 I. Preis)

Schwarz: Ke4, Df1, Th6, Lg7, Sb8, c2, Bb6, f6.



Weiß: Kb2, De8, Td, g8, Ld4, e6, Se5, h4, Bb3, c3, d6, f2, f5, g3, h5.

Weiß zieht an und setzt mit dem 2. Zuge matt. Lösungsbefprechung: Probl. 102 von S. Gey. 1. Le1, Ke5: 2. Ld6+ Ke6: 3. Lb3++ 1. . . ., Ke6 2. Lb3+ Ke5: 3. Ld6++ 1. . . ., . . ., 2. . . ., Ke7: 3. Sg6++ 1. . . ., Le7: 2. Sg6, — 3. Lb3++

Dieses die Verfasserschaft; selber, wie J. Heinrich und R. Richter nachwiesen, nebensächlich durch 1. Sg6 und 1. Sg5+.

Anfragen und Lösungen an die Schriftleitung erbeten. Am 29. Nov. wurde unter 11 Teilnehmern ein Witzturnier ausgetragen: 1. A. Vogel: 9; 2. und 3. S. Gey und M. Richter: 8; 4. R. Weiniger 7 1/2 und 5. M. Häfe 7 Punkte.

Der nächste Kongress des Sächs. Schachbundes findet Ostern 1928 in Leipzig statt. Sonntag, den 27. Nov., tritt der Dresdner Schachverein zu einem Wettkampf gegen alle Gauvereine an. Die 1. Klasse gibt dem Gegner Bauer und Zug vor. Der Wettkampf wird im Kurfürstensaale des „Ital. Bierchens“ ausgetragen. Meldungen zur Teilnahme bis 13. November.

Die Vereinsturniere beginnen im Laufe des Monats und werden wieder in zwei Klassen ausgetragen. Meldeschluß ebenfalls am 13. November.

Spielgelegenheit jeden Mittwoch und Sonnabend im Café Werner am Markt. Gäste willkommen.

# Turnen und Sport

## Um die Borgweltmeisterschaft 1928.

Alte und neue Anwärter.

Die Weltmeisterschaft im Schwergewicht 1927 ist vorüber, es lebe die Weltmeisterschaft 1928! Kaum ist der Beifallssturm, der Tunney und Dempsey beim Verlassen der Soldiers Field umstürzte, veranlaßt, als auch schon Vorbereitungen getroffen werden zur neuen, zur Schwergewichtsweltmeisterschaft des Jahres 1928.

Dieser Tage ging gerade eine Meldung durch die Zeitung, die besagte, daß sich der All-England-Meister Phil Scott nach Amerika eingeschifft habe, um sich nach einer Zeit der Akklimatisierung an den Ausschreibungen um die neue Schwergewichtsweltmeisterschaft zu beteiligen. Da erscheint es angebracht, einmal kurz die alten und die neuen Aspiranten unter die Lupe zu nehmen.

Als besten aller Anwärter auf Tunneys Krone muß man den

**Neger George Godfrey**

bezeichnen. Dieser schwarze Koloss, ungefähr zwei Meter groß und 200 Pfund schwer, hat alle Qualitäten, die ihn berufen erscheinen lassen, als erster Bewerber in die Reihe der Weltmeisterschaftsaspiranten zu treten. Godfrey hat Kömmer wie Jim Maloney, Martin Burke, Jack Renault und den auch in Deutschland gut bekannten Mulatten Larry Gains glatt abgefertigt. Den besten seiner Gegner, Dieners Besieger Jim Maloney, schlug er in genau 85 Sek. l. o. Interessant ist es, daß der Neger sowohl Tunney als auch Dempsey bei einem Einsatz von 300 000 Dollar herausgefordert hat. Dempsey, der den Neger eine Zeitlang als Sparringpartner benutzte, wird wissen, weshalb er dies Angebot nicht annahm. Auch den Europameister Paolino, der in Amerika stets mit großem Tamtam aufzutreten pflegt, forderte er heraus. 30 000 Dollar wurden dem Basten für den Kampf geboten. Der aber winkte ab, zehn Runden seien ihm zu wenig. Wenn Godfrey mit ihm über 12 bis 15 Runden gehen wollte, sei er bereit. Dabei wußte Paolino genau, daß in Los Angeles, wo das Treffen vor sich gehen sollte, zehn Runden das Höchstmaß der Dauer eines Vorkampfes sind. Aber der Neger ließ nicht locker, er fragte an, ob der Europameister bereit sei, mit ihm in New York 15 Runden zu machen, fügte aber gleich hinzu, daß es gar nicht dazu käme, denn er gäbe ihm höchstens acht Runden! Auf eine Antwort wartet er heute noch. Und dies sollte zu denken geben, denn bisher hat Paolino alles genommen, was ihm gewissermaßen vor den Sandhaken kam. Zu beachten ist übrigens, daß Godfrey nicht allein mit einer tödlichen Rechte ausgestattet ist, sondern auch über eine fabelhafte Linke verfügt, die er stets überraschend anzubringen pflegt. Nach allem, was man so von diesem schwarzen Gentleman hört, muß man in ihm den größten Widerstand Tunneys sehen. Es ist allerdings fraglich, ob er je die Chance erhalten wird, den Weltmeister zu boxen, denn die „Farbentinte“ trennte auch damals Larry Wilks von Dempsey.

Au zweiter Stelle muß man, wenn man von Dempsey abstieht,

**Jack Charley**

nennen. Jack Charley wurde von Dempsey durch Niederschlag besiegt, hat aber vorher einmal Godfrey nach Punkten geschlagen, allerdings in einem Kampf, in dem sich der Ringrichter vom Massenhaß leiten ließ. Franke, der Sportfachredakteur der „New York American“, ein drüber anerkannter Fachmann, sagte nach dem Kampf: „Godfrey won by a mile!“ (Godfrey gewann mit einer Meile.) Charley hat weitere Erfolge über Jim Maloney und Mike McTigue aufzuweisen, auf Grund derer man ihm ebenfalls einen Platz in der vordersten Reihe der Schwergewichtler der Welt einräumen muß.

Au dritter Stelle muß man wohl

**Jim Maloney**

nennen, der unserem Diener seinerzeit eine schwere Lektion erteilte. Maloney schlug in den letzten Ausschreibungen zuerst den aus Italien gebürtigen Arturo de Kuh in der zweiten Runde l. o., dann Diener schwer nach Punkten. Mit dem Schweden Harry Persson machte er ebensowenig Federlebens. Mit Hilfe des Ringrichters schlug er dann Jack Delaney nach Punkten. Jack Charley schlug dann aber den „Nur-Schläger“ in der fünften Runde l. o., die Meisterschaftsträume zerstoben in nichts. Dennoch wird Maloney, wenn er das Bogen dazulernt, ein Wort mitreden können.

Jack Delaney müßte als nächster notiert werden, dieser Exweltmeister im Halbschwergewicht, der seine Krone aufgab, um an den Ausschreibungen für den Schwer-

gewichtstitel teilzunehmen. Jim Maloney, etliche Pfunde schwerer, erhielt einen zweifelhaften Punktsieg über ihn. Selbstamerweise hat man seit jenem Tage nur noch Niederlagen von Delaney gehört. Immerhin muß man annehmen, daß er wieder in den Ausschreibungen aufzutauchen. Bei richtigen Management wird er weit nach vorn kommen können.

## Zehn Jahre Handball.

Man wird es kaum glauben wollen, daß das Handballspiel, welches Hunderttausende von Turnern und Sportlern Sonntag für Sonntag hinaus auf den grünen Rasen lockt, erst eine kurze Lebensgeschichte hat. In den letzten Oktobertagen, genau am 29. Oktober 1917, also vor zehn Jahren, wurde es aus der Taufe gehoben. In der Reichshauptstadt stand seine Wiege, hier wuchs es trotz größter Schwierigkeiten, die seiner Ausdehnung entgegenstanden, heran und verbreitete sich bald über das ganze Reich, zog alle Turner und Turnerinnen, alle Leichtathleten und viele andere Sportler und Sportlerinnen in seinen Bann, überschritt die Landesgrenzen und faßte auch im Ausland Fuß. Das Handballspiel ist, wie die Jahresziffer besagt, ein Kind des Krieges. Daraus ergab sich weiter, da ja die Männer im Felde standen, daß es ursprünglich als Spiel für Frauen gedacht war. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, wenn sein Erfinder der leider viel zu früh verstorbene Max Heiser, Frauentrainervart des Berliner Turnrats — er wurde später Kreisfranturnwart des Kreises Branden-

## Handballspiel der Frau.



Kampfszene an der Mollinie.

burg der D. L. — war. Das Handballspiel hat natürlich eine Reihe von Vorgängern gehabt: Kaffball, Korbball, Torball und eine Reihe anderer Spiele, die alle von dem Gedanken ausgingen, die Regeln des Fußballspiels auf ein Fangspiel mit den Händen zu übertragen. Lange scheiterten alle derartigen Versuche, bis es eben Heiser gelang, die richtige Basis zu finden. Glücklicherweise hatte Heiser einen tüchtigen Nachfolger in der Verbreitung des Handballspiels in Alfred Döring, dem Spielwart des Turnkreises Brandenburg, und es ist natürlich auch nicht ohne Einfluß geblieben, daß gerade Berlin die Ursprungsstätte dieses neuen Spieles war. Berlin-Brandenburg kann also mit besonderem Stolz auf die Entwicklung des Handballspiels sehen, ist sie doch zum Teil sein Werk.

## Wie wird Handball gespielt?

Im allgemeinen ähneln die Regeln, insbesondere aber der Spielgedanke, denen des Fußballs. Elf Spieler bilden die Mannschaft, die in fünf Stürmer, drei Läufer, zwei Verteidiger und einen Torwart eingeteilt ist. Ziel des Spieles ist es, den Ball durch das gegnerische Tor zu werfen. Um das Tor herum ist ein Torraum gezogen, der nur vom Torwart betreten werden darf, etwas weiter davon kennzeichnet eine Linie den Arbeits- und Strafraum. Regelverstöße in diesem Raum werden mit Strafwurf geahndet.

Technik und Taktik spielen, wie bei jedem Kampfmannschaftsspiel, natürlich auch beim Handball eine große, die ausschlaggebende Rolle. Die Technik des Handballspielers beruht auf der Ballbehandlung, die Taktik auf dem Zusammenspiel. Es gehört ein systematisches und fleißiges Training dazu,

die verschiedenen Arten des Ballfangens und des Ballwerfens zu lernen, die um so schwieriger sind, als ja die Ballbehandlung fast durchweg in der Bewegung geschehen muß. Die Regeln schreiben zudem vor, daß niemand den Ball länger wie drei Sekunden in der Hand behalten, nicht mehr wie drei Schritte mit ihm laufen darf (nur der Torwart ist davon ausgenommen).

Warum erfreut sich denn der Handball einer solchen Beliebtheit? Nun, die Vorzüge liegen auf der Hand. Wie jedes Mannschafts- und Kampfspiel löst es zunächst Freude am Spiel aus; die enge Verbindung zwischen den Anforderungen, die es außerdem an Körper und Geist stellt, tun ein übriges. In körperlicher Beziehung ist Handball wohl das idealste Spiel, vereint es doch in sich

alle Arten der Zweidgymnastik,

wie wir sie heute auf Grund jahrelanger Erfahrungen betreiben. Eine hervorragende Rolle spielt der Lauf, dazu kommen Fangen und Werfen, Bücken und Strecken, ferner eine ununterbrochene, dem Körper überaus dienliche Bewegung. Schnelle Entschlußfähigkeit schärft den Geist, die Notwendigkeit, zusammenzuspielen, wirkt erzieherisch auf den Willen und auf das Gefühl für Gemeinschaft. Handballspiel eignet sich zudem für jedes Alter und für jedes Geschlecht. Als Frauenspiel erfunden, ist es jetzt zu einem der beliebtesten Kampfsportspiele der Männer geworden.

Handball ist Volkssport. Der gewaltige Aufschwung, den es in kurzer Zeit genommen hat, der Umfang, in dem es heute gespielt wird, rechtfertigt diese Bezeichnung in vollem Maße. Wir können allein in Deutschland rund 12 000 Mannschaften zählen, die sich diesem Spiel, für dessen Ausbreitung die Einführung des Punktsystems und des Rundenspiels außerordentlich wirksam gewesen ist, mit Begeisterung hingeben.

Die internationale Amateur-Athletik-Federation hat sich für die allgemeine Einführung dieses Spieles innerhalb ihres Bereiches eingesetzt; in Amsterdam wird bei den Olympischen Spielen Handball erstmalig als Demonstrationssportvorführung gezeigt, es soll 1932 in den Rahmen der Olympischen Spiele vollkommen eingegliedert werden. So eröffnet das zehnjährige Jubiläum des Handballs, der bereits international hoffähig geworden ist, die allerbesten Aussichten für einen weiteren Siegeszug.

## Der deutsche Tennissommer 1927.

Wenn fünf Monate lang eine verwirrende Fülle von Meldungen über Tennisturniere und Länderspiele sich zusammengeballt hat, erhebt sich am Schluß jeder Spielzeit von selbst die Frage nach einer zusammenfassenden Auswertung der angehäuften Orts- und Personennamen, Ergebnisse und Zahlenreihen.

Deutschlands Extraklasse beteiligte sich zunächst an den Spielen um den Davis-Pokal. Nach einer erfolgreichen Expedition nach dem heißen Kiffabon, wo Moldenhauer Demasius und Nahe über die Portugiesen schwerer siegten, als es das Schlussergebnis (5:0) erkennen läßt, scheiterten wir in der nächsten Runde an dem großen Können der Südafrikaner mit dem gleichen Ergebnis wie gegen die Amerikaner Tilden und Hunter (1:4 Punkte). Beide Treffen bewiesen dem deutschen Publikum die aus virtuoso beherrschter Technik und einer in tausend Tennisschläger erworbenen Konzentration sich ergebende Überlegenheit der großen Stars.

Außer dem deutschen Tennisschwachs betrifft, so läßt es sich der Bund angelegen sein, in wachsendem Maß unsere jungen Talente zu Länderspielen und ausländischen Turnieren zu entsenden. So standen z. B. in der Mannschaft gegen Österreich neben Gosewich, Bergmann, H. Klein-schroch, Hannebaum und Lüdke die Vertreter der Jugend: Heine-Leipzig und Harb-Berlin. Gegen die Schweiz wirkten ersichtlich mit: Brenn, Wegel, V. Fuchs und Kuchmann, gegen Holland Frenz und Fr. Hoffmann.

Zusammenfassend kann also über die deutsche Spielstärke im internationalen Wettbewerb gesagt werden, daß Deutschland mit drei Siegen in drei Länderkämpfen gegen Österreich, die Schweiz und Holland seine kontinentale Stellung nach Frankreich zwar behauptet, nicht aber seine Position, die es 1914 im Welttennis innehatte, hat wiedererobert können. Das bleibt die Aufgabe der Zukunft.

Im Damentennis hat sich Fr. Außer durch mehrmalige Siege über Fr. Friedleben, darunter einen bei den Meisterschaften in Hamburg, verdient den Meistertitel erworben. In Fr. Hoffmann und Fr. Kohnert, die nach ungleichmäßigen Leistungen gegen Miss Ryan mit dem ehrenvollen Resultat 2:6, 4:6 unterlag, wachen die Talente heran, die mit den Damen Friedleben, von Rejnickel und Neppach in den nächsten Jahren, vielleicht schon 1928, um den Vorrang kämpfen werden.

## Meister der Mittelstrecke.

Vorschau auf die Olympiade.

Mit die größte Aufwärtsbewegung hat die 400-Meter-Strecke zu verzeichnen. Düchner, der erst 22jährige Magdeburger, sah die ersten Früchte seines gewissenhaft durchgeführten Trainings durch einen neuen 400-Meter-Rekord — 48,2 — belohnt. Dazu kommen Neumann, der ebenfalls glatt unter 49 Sekunden lief, Pelzer, Engelhardt, Storz und Schmidt. Vom Nachwuchs seien erwähnt die Berliner Wiese, Kühn, Hübnier und der Westdeutsche Wolf. Sie alle sollten bei ernst genommenem Training die 49-Sekunden-Grenze ebenfalls unterbieten können. Die internationalen Proben bestanden wir durchweg gut, das beweisen die Siege über Weltmeister Lowe, aber beste französische Klasse. Den Mittelstreckentäufern brachte man anfangs des Jahres wenig Vertrauen entgegen. Pelzer war krank und Böcher schien die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen zu können. Da kamen die Deutschen Meisterschaften, und plötzlich gab es eine ganze Reihe Mittelstreckler, die die 800 Meter um 1:56 liefen. Der Beste war Böcher, der aber über 800 Meter nie ankam und so die schnellste Zeit dem Darmstädter Engelhardt überlassen mußte, der in Paris 1:53,6 lief. Über 1500 Meter hält Böcher die Spitze. Seine Zeit von 3:56,6 ist auch international beachtlich. Erst zum Schluß



des Jahres war dann auch Pelzer wieder da, und zwar vollbrachte er über 1000 Meter mit 2:25,6 eine Leistung, die ihm einstweilen kein Mensch mehr zugetraut hatte und die andernteils die beste Zeit über diese Strecke darstellt. Dr. Pelzer hielt es für richtig, seine Kräfte nicht sofort zu verausgaben, sondern erst während der zweiten Hälfte der Strecke in die vorderste Linie zu gehen.

Aber außer diesen drei gibt es noch andere Mittelstreckler, die ebenfalls von sich reden machen. Es waren dies Bollmer, Jacobs, Bolke und Walpert. Fast alle diese sollten bei richtig durchgeführtem Training ebenfalls noch zu großen Leistungen berufen sein. Der größte internationale Erfolg war neben Pelzers 1000-Meter-Sieg über Martin wohl Böchers Triumph über den amerikanischen Meister Coger, der augenblicklich der beste Mittelstreckler Nordamerikas ist.

# Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

## Verhaftung des Geschäftsführers der „Menschheit“.

Leipzig. Wiederholt sind in der Zeitschrift „Die Menschheit“ Artikel erschienen, die nach der Meinung der Staatsanwaltschaft den Verdacht des Landesverrats begründen. Gegen die für das Erscheinen der Artikel verantwortlichen Personen, den Schriftsteller Mertens, den Professor Förster und den Geschäftsführer der Zeitschrift Röttcher schwebt seit längerer Zeit ein Strafverfahren. Röttcher, gegen den allein bisher ein Zugriff der deutschen Gerichtsbehörden möglich war, ist auf Anordnung des vom Reichsgericht bestellten Untersuchungsrichters verhaftet worden.

## Beisetzung des Prinzen von Schönau-Carolath.

Neusalza (Oder). In Sabor erfolgte die Beisetzung des durch einen Motorradunfall verunglückten Prinzen Georg Wilhelm von Schönau-Carolath, des Sohnes der zweiten Gemahlin Wilhelms II. Der Beisetzung wohnten u. a. bei der ehemaligen deutsche Kronprinzessin, die ehemalige Kronprinzessin, Prinzessin Karoline Hermine (die Mutter des verstorbenen Prinzen), Prinz Ferdinand und Prinz Oskar von Preußen, die Großherzogin von Sachsen-Weimar.

## Freispruch im Giftmordprozess Hofhufel.

Gagen i. Westf. Im Giftmordprozess Hofhufel sprach das Gericht die Angeklagte Alma Hofhufel von der Anklage des Giftmordes und des Meineides wegen Mangels an Beweisen frei.

## Zweimal zum Tode verurteilt.

Kempten. Vom Schwurgericht wurde der ledige Käser Ruppert Hlsemayer aus Oberhof wegen zweier Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode verurteilt. Der Angeklagte hatte im April 1924 seine Geliebte, die Dienstmagd Wörz, mit ihrem Kinde in einen Hinterhalt gelockt und beide brutal ermordet.

## Notlandung eines Verkehrsflugzeuges bei Genf.

Chambéry. Ein dreimotoriges Flugzeug, das den Dienst Berlin-Genf-Marseille versieht und nach Marseille unterwegs war, mußte bei Ferny in der Nähe von Genf infolge plötzlichen Versagens zweier Motore landen. Das Flugzeug wurde, da die Landung auf unebenem Gelände erfolgte, beschädigt. Der Flugzeugführer, der Begleiter und die drei Fahrgäste sind nicht verletzt worden.

## Die Hochzeit des Herzogs von Apulien.

Neapel. Die Hochzeit des Herzogs von Apulien mit der Prinzessin Anna von Bourbon fand unter großer Feierlichkeit statt. Die Trauzeugen der Prinzessin Anna waren der König von Spanien und der durch den belgischen Vorkaiser vertretenen König von Belgien, diejenigen des Herzogs von Apulien der italienische Thronfolger und der Graf von Turin. Der Feierlichkeit wohnten außerdem bei der König von Italien, alle italienischen Prinzen und Prinzessinnen, die frühere Königin Amelie von Portugal und zahlreiche ausländische Fürstlichkeiten aus Ungarn, Belgien, Dänemark und Österreich. Eine ungeheure Menschenmenge bereite den Königen und den Neuwählern bei der Rückkehr ins Schloß und vor diesem, als sie sich auf dem Balkon zeigten, begeisterte Stundgebungen.

## Wechsel im Memeler deutschen Generalkonsulat.

Memel. Der bisherige Generalkonsul Geheimrat Mudra hat Memel verlassen. Sein Nachfolger, Generalkonsul Mauch, bisher in Göttingen, hat die Dienstgeschäfte übernommen.

## Feierabend zu Ehren des Vorkaisers Graf Brodorski-Ranau.

Moskau. Bei der fünften Wiederkehr des Jahrestages der Akkreditierung des deutschen Vorkaisers Graf Brodorski-Ranau gab der Volkskommissar Tischtscherin ein Bankett, zu dem die Mitglieder der Sowjetregierung, ferner Mitglieder der deutschen Botschaft und des Außenministeriums sowie deutsche Pressevertreter geladen waren. Im Verlaufe des Diners hielten Tischtscherin und Graf Brodorski-Ranau Ansprachen. Vom Staatspräsidenten Stalin war ein Schreiben an den Vorkaiser eingegangen, in welchem in anerkennenden Worten der Verdienste Brodorski-Ranau gedacht wird.

## Jugoslawiens Kriegsschuldenfrage im Haag.

Belgrad. Die jugoslawische Regierung hat beschlossen, die Streitfrage über die Bezahlung jugoslawischer Vorkriegsschulden dem Internationalen Schiedsgericht im Haag zur Entscheidung zu überlassen.

## Reich und Länder.

Berlin. Die seit längerer Zeit angekündigte Konferenz zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder, in denen das grundsätzliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern erörtert werden soll, wird, wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, im Januar nächsten Jahres stattfinden. Die für diese Besprechungen erforderlichen Vorbereitungen der Reichsregierung befinden sich noch im Anfangsstadium, und zwar werden sie einstuftweise noch bei den Fachreferenten der Ministerien bearbeitet, ohne daß sie zur Klärungsberatung reif sind.

## Antike Großhandelsindexziffer.

Berlin. Die auf den Stichtag des 2. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 139,3 gegenüber der Vorwoche (139,4) nahezu unverändert. Im Monatsdurchschnitt Oktober stellte sich die Gesamtindexziffer auf 139,8 gegenüber 139,7 im Durchschnitt September.

## Todesflug eines Ballonführers.

Sparta (Tennessee). Kapitän Gray unternahm einen Flug mit einem Freiballon und erreichte hierbei eine Rekordhöhe. Später wurde die Leiche des Kapitäns mit den Trümmern des Ballons aufgefunden. Nach der letzten um 15.15 Uhr gemachten Eintragung hatte Gray die Rekordhöhe von 40 000 Fuß (12 000 Meter) erreicht.

## Neue Hinrichtungen in Mexiko.

Mexiko. General Arnulfo Gomez, der frühere Präsidentkandidat, und vier Offiziere sind nach kurzem Gesetzt bei Teocelo in der Nähe von Veracruz gefangen genommen und hingerichtet worden. Wie aus Laredo (Texas) gemeldet wird, befindet sich unter den mit General Gomez Hingerichteten auch General Hector Amador, der seinerzeit die Erhebung eines Teiles der Garnison in Mexiko geleitet hatte.

## Todesurteil im „Gorillaman“-Prozess.

Winnipeg. Im Prozess gegen den sogenannten Gorillaman Carl Nelson, der etwa 20 Frauen und Mädchen in den westlichen Städten Amerikas erzwängt hat, gaben die Geschworenen ihren Wahrspruch auf schuldig ab, und der Richter sprach das Todesurteil aus, das am 30. Januar vollstreckt werden soll.

Das Urteil stützte sich auf die Ermordung einer Frau und eines 14-jährigen Mädchens. Nelson gab aber auch in allen anderen Fällen die Mordtat, konnte sich jedoch nicht auf Einzelheiten besinnen. Während der Verhandlung brach er bei der Behandlung grausamer Fälle verschiedentlich in Gelächter aus.

## Dreifacher Selbstmord junger Kommunisten.

Berlin, 7. November. Am Sonntag spielte sich in Köpenick eine blutige Tragödie ab. Drei junge Leute, von denen einer bei der russischen Handelsdelegation tätig ist, schossen sich in der Wohnung des einen mit einem Revolver in die Schläfen. Einer war sofort tot, während die beiden anderen im hoffnungslosen Zustand ins Krankenhaus überführt wurden. Das Motiv der Tat konnte noch nicht festgestellt werden, sie dürfte jedoch in Beziehung zu der politischen Betätigung der drei jungen Leute stehen, die noch an der kommunistischen Aufstiegsdemonstration teilgenommen hatten. Neben der Wadkommission beschäftigt sich auch die politische Polizei mit der Aufklärung der Mordtat.

## Schweres Autounglück in Charlottenburg.

Berlin, 6. November. Am Sonntagvormittag stießen in der Bundesallee zu Charlottenburg zwei Automobile, ein Droschkenauto und ein Privatwagen, so heftig zusammen, daß die Droschke völlig zertrümmert wurde. Die beiden Insassen waren sofort tot, während der Chauffeur mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus überführt werden mußte. Die Insassen des Privatautomobiles haben keinen ernstlichen Schaden erlitten.

Bei den Todesopfern handelt es sich um einen 63-jährigen evangelischen Pfarrer und seine einundvierzigjährige Gattin. Die beiden befanden sich auf dem Wege nach einer Kapelle in Berlin-Westend, wo der Geistliche den Gottesdienst abhalten wollte.

## Spiel und Sport.

Sp. Rößemann und Haymann erhalten Startverbot. Die Vorkampfbühne Deutschlands trat in Berlin zu einer Ausschüttung zusammen und beschloß hier, um die Endkämpfe im Schwergewicht nicht zu gefährden, dem Vornen Ernst Rößemann und Ludwig Haymann ab 15. November bis zur Austragung ihrer Ausscheidungskämpfe am 4. Dezember Startverbot zu erteilen.

Sp. Knut Hansen schlägt Phil Scott knock out. Knut Hansen schlug den englischen Schwergewichtsmeister Phil Scott in der ersten Runde nieder. Scott hatte fünfmal zu Boden gehen müssen.

## Berliner Sechstagerrennen.

Berlin. Die Abendstunden des Sonnabends verliefen ruhig. Der als Ersatzmann fahrende Linart wurde aus dem Rennen genommen, das folgenden Stand hatte: 1. Fieg-Thollenbeck 91 Punkte, 2. Ehmer-Kroschel 74 Punkte. Eine Runde zurück: 3. Charlier-Bauer 78 Punkte, 4. Dewolf-van Kempen 71 Punkte, 5. Rausch-Hürgens 38 Punkte. Drei Runden zurück: 6. Knappe-Tonani 89 Punkte, 7. Junge-Wehrendt 56, 8. Kroll-Miethe 51. Drei Runden zurück: 9. Aertz-Dubwier 64, 10. Dorn-Ridel 48, 11. Koch-Vuschhagen 37, 12. Wambst-Lacquehay 9. Vier Runden zurück: 13. Kühl-Bette 29.

## Schmechling schlägt Domgörgen 1. o.

Leipzig, 7. November. Der jüdisch beachtete Berufsboxkampf zwischen dem deutschen Halbschwergewichtsmeister Schmechling und dem Mittelgewichtsmeister Domgörgen um den Titel im Halbschwergewicht in der Sporthalle Achilleion endete mit dem 1. o.-Sieg Schmechlings in der siebenten Runde.

Das Handball-Städtepiel Berlin-Dresden der Sportlermannschaften gewann Berlin mit 8:5 (3:0) Toren. Die Berliner Mannschaft war technisch besser, aber auch körperlich stärker als die Dresdner.

Die Fußballverbandsspiele im Reich brachten in Süddeutschland allerhand Ueberraschungen. Der Deutsche Meister 1. F. C. Nürnberg erzielte gegen den F. C. Fürtth nur ein Unentschieden 1:1, im Main-Bezirk wurden der Tabellenführer Eintracht-Frankfurt und ebenso dessen Rivale F. S. V. Frankfurt geschlagen, in Hessen gab es gleichfalls Favoritniederlagen. In Westdeutschland ließen das Ergebnis 7:0 des Vf. R. Köln gegen S.V. Düren und das 11:0-Spiel S.V. Heren-Union Herford stauten. Das wichtigste Ereignis in Norddeutschland war das Hamburger Lokalderby zwischen dem Hamburger S.V. und Viktoria Hamburg, welches der H.S.V. 3:1 für sich entschied. In Hannover kämpfte die Berliner Hertha B.S.C. in einem Freundschaftsspiel Arminia-Bielefeld 5:1 nieder. In Berlin selbst ruhte infolge des Städtespiels gegen Stockholm der Punktelauf. In Mitteldeutschland leistete sich der Vf. B. Leipzig eine neue 1:2-Niederlage durch die Sportfreunde und steht jetzt an vorletzter Stelle in der Tabelle. Süddeutschland blieb vor größeren Ueberraschungen bewahrt.

## Fußballkämpfe Dösterreich-Italien 1:0.

Rom. Der achte Fußballkämpfe zwischen Dösterreich und Italien, der gestern in Bologna ausgetragen wurde, endete mit 1:0 zugunsten der österreicherischen Mannschaft. Es ist dies der fünfte Sieg der Dösterreich, während drei der acht Länderkämpfe einen unentschiedenen Verlauf nahmen.

Das Fußball-Städtepiel Berlin-Stockholm, das bei regnerischem Wetter vor etwa 7000 Zuschauern in Berlin stattfand, endete unentschieden 2:2, nachdem die Stockholmer bereits mit 2:0 in Führung gelegen hatten.

Im Fußball-Länderspiel Schweiz-Schweden, das in Zürich stattfand, gab es ein Unentschieden 2:2.

Das Horden-Länderspiel Deutschland-Holland in Amsterdam brachte der deutschen Mannschaft einen sicheren 3:0 (2:0)-Sieg über die Holländer.

## Kunstturnen Berlin-Hamburg-Leipzig.

Leipzig siegt!

Leipzig, 6. November. Der Kampf im Kunstturnen Berlin-Hamburg-Leipzig, der heute hier ausgetragen wurde, ist im ganzen zugunsten Leipzigs entschieden worden. Die Gesamtergebnisse sind Leipzig 2479 Punkte, Berlin 2392 Punkte und Hamburg 2377 Punkte. Die einzelnen Leistungen waren durchweg gut. Der Punktanfang ist häufig nur durch zufällig kleine Verlager gedrückt worden.

Über 100 000 Fluggastpassagiere dürften im Jahre 1927 nach den statistischen Ergebnissen, die die Deutsche Luftfahrt veröffentlicht, bei dieser befördert worden sein. Die Beförderungszahlen bedeuten gegenüber dem Vorjahr eine außerordentliche starke Steigerung, zum großen Teil um das Doppelte.

Die Deutsche Turnschule der Deutschen Turnerschaft bringt ihren ersten Lehrgang in der Zeit vom 28. November bis 10. Dezember zur Durchführung, er ist nur für fortgeschrittene Vorturner (30 Teilnehmer) offen.

## Frankreichs Marinereüstungen.

Paris. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht über das Budget des Marineministeriums verlangt die Regierung für das laufende Finanzjahr Kredite in Höhe von 2252 Millionen, von denen 1563,367 Millionen Franken für neue Kriegsschiffe vorgesehen sind. Das Journal des Debats schreibt in diesem Zusammenhang: „Feilschen wir nicht um die nötigen geldlichen Opfer, besonders nicht nach dem Mißerfolg der Seabrüstungskonferenz angesichts der Pläne unserer Nachbarn am Mittelmeer.“

## Aus dem Gerichtssaal.

Ein schöner Schwiegerjohn. Wegen Unterschlagung erhielt der am 8. Dezember 1893 geborene, oft vorbestrafte Korrespondent Otto Schneider vom Schöffengericht Dresden 1 Jahr Gefängnis auferlegt. Schneider hatte von der Mutter seiner Braut, der er übrigens auch nicht treu gewesen, zur Errichtung eines Lebensmittelschäftes in Dresden 5200 Mark erhalten, dafür aber nur etwa 1000 Mark verwendet, um dann mit dem anderen Gelde nach Frankreich zu fahren. In der Verhandlung — der Staatsanwalt hatte sogar eine zweijährige Strafe beantragt — ver-

## Wissenschaften

Leipzig Welle 365,8. — Dresden Welle 275,2.

Dienstag, 8. November.

15.30—16.00: Neuerwerbungen auf dem Büchermarkt. \* 16.30—18.00: Leipziger Junfordvester. \* 18.05—18.30: Frau Ackermann, Leipzig; die Frau in der Stadtverwaltung. \* 18.30—18.55: Spanisch für Anfänger. \* 19.00—19.30: Arbeitswissenschaft. Prof. Dr. Blumenfeld, Technische Hochschule Dresden: Auswahl und Verteilung der Arbeitskräfte. \* 19.30 bis 20.00: Vortrag des Arzt. Bezirksvereins Dresden: Sport und Genußmittel. \* 20.00: Wettervorausgabe und Zeitangabe. \* 20.15: Solfestkonzert. Mitwirk.: Käthe Mid-Räncke, Breslau (Gesang), Stephan Huber (Cello), Dr. Edm. Nid, Breslau (Klavier), Th. Wumer (Klavier). \* 21.15: Volksstänge. Dresdener Funkhauskapelle. \* 22.15: Pressebericht und Sportfunk. \* 22.30—24.00: Tanzmusik.

Berlin Welle 484 und ab 20.30 Welle 1250.

12.30: Die Bierfestspiele für den Landwirt. \* 16.00: Stunde mit Bildern. \* 16.30: Fritz Neuter (zu seinem Geburtstag am 7. Nov.): Aus „Ut mine Trontid“. Gesprochen von Hans Brandt. \* 17.00—18.00: Kapelle Emil Kossz., Anschließ.: Werbenachrichten. \* 18.30: Einführung zu dem Zehnbeispiel am 9. November. \* 19.05: Telegraphenbild. Mäßig: Was muß der Berliner Fernsprechbenutzer von den neuen Selbstständigkeitsämtern wissen? \* 19.30: Die Berliner Museen. Dr. Alfred Kubin: Die Entdeckung der Berliner Museen. \* 19.55: Dr. phil. et med. Max Dessoir, o. Professor an der Univ. Berlin: Erscheinungen und Theorien des Okkultismus (Die Erscheinungen des physischen Mediumismus). \* 20.30: Amerika (I. Sinclair Lewis): Einleitende Worte: Dr. Lion Feuchtwanger. Walter Brand (Rezitat.). — II. Musik. Berliner Junfordvester.

Königsruherhausen Welle 1250.

12.00—12.30: Französl. Schüler. \* 15.35—15.40: Wetter- u. Börsenbericht. \* 16.00—17.00: Die Schulaufsicht des Staates. \* 17.00—18.00: Das mittelalterliche Kaiserturn. \* 18.00 bis 18.30: Die Stellung des Richters im Staat. \* 18.30—18.55: Spanisch für Anfänger. \* 18.55—19.20: Indonesische Musik. \* 19.20—19.45: Der Musikerpoet Karl Schöle. \* 20.00: Sendepiel „Maria Stuart“ von Schiller.

Stettin Welle 236,2.

19.05: Chefredakteur Heinz Darius: Geschichte der Stettiner Zeitungen. \* Ab 19.30: Berliner Programm.

sicherte der Angeklagte unter Tränen, er wolle nun für alle Zeit ein braver und guter Mensch werden, die in Elsterwerda wohnhafte Mutter seiner ehemaligen Braut soll später alles wieder zurückerhalten.

Die Gabel im Magen. Der Handlungsgehilfe Israel Kandel, geboren am 12. Dezember 1901 zu Solowka in Galizien, wiederholt vorbestraft, in Berlin in Untersuchungshaft, hatte sich wegen Fundunterschlagung vor dem Amtsgericht Dresden zu verantworten. Der Angeklagte hatte am Hauptbahnhof ein Geldtäschchen mit 20 Mark Inhalt gefunden und unterschlagen, er wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Vor der Verhandlung machte sich eine Röntgendurchleuchtung erforderlich, da Kandel eine silberne Gabel verschluckt hat, um ins Krankenhaus zu kommen und von dort aus zu flüchten; denn Kandel hat in Berlin schwere Strafe zu erwarten. Die verschluckte Gabel ist aber im Magen sehr gut gelagert, eine Zuführung zum Krankenhaus erwies sich vorläufig nicht als erforderlich.

## Aus dem Vereinsleben.

Wendischfähre. Die öffentliche Versammlung des Mietervereins Bad Schandau, die am Sonnabend im Restaurant „Carolabrüde“ stattfand, war mäßig besucht. Platzmeister Hultsch begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die erschienenen und erteilte Lehrer Stopp Dresden das Wort zu seinem Vortrage. Das Thema lautete: „Was erwartet die Mieterschaft vom Reichstage?“ und „Schiedsfragen der Mieterschaft“. Diese Begriffe seien ein und dasselbe. Die kommenden Beratungen im Reichstage werden das Schicksal der Mieterschaft beeinflussen. Es handele sich um das Reichsschulgesetz, das Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz. Festzustellen sei, daß der größte Teil der Mieterschaft über das Ziel der Verhandlungen nicht klar sei. Erst dann werde man sich der Folgen bewußt, wenn man sie am eigenen Leibe verspüre. Redner wies darauf hin, daß die Verhandlungen im Reichstage auf eine Lockerung oder gar Beseitigung dieser Schutzgesetze hinausgehen würden. Er betonte, daß ihre Beibehaltung bez. Wiederherstellung notwendig sei. Das letztere gelte in Bezug auf die Kündigungsmöglichkeit gewerblicher Räume. Als seinerzeit die Männer im Felde standen, um das Vaterland zu verteidigen, habe die Heeresverwaltung in richtiger Einsicht das Mieterschutzgesetz eingeführt, und das sei notwendig gewesen, denn sonst wäre wohl manche Familie auf die Straße gestoßen worden, während der Mann vor dem Feinde stand. Lehrer Stopp entwickelte ferner ein Bild von den oft traurigen Wohnverhältnissen hauptsächlich in den Großstädten und Fabrikzentren, wo nicht selten 10 und mehr Personen in einem Raume haufen und ihn abends erst für Schlafgelegenheiten herrichten müssen. Er sprach sich entschieden gegen die Mietkassernen aus, deren Insassen, besonders die Kinder, verkümmern müssen, er kritisierte scharf die Verteilungsweise der Mietszinssteuer, die eigentlich nur zur Beschaffung neuer bez. gesunder Wohngelegenheiten bestimmt ist. Die Erhöhung der Miete auf 120 Prozent der Friedensmiete müsse ebenfalls bekämpft werden. Das ganze Bestreben gehe darauf hinaus, die „Wohnungs-Zwangswirtschaft“ aufzuheben; späterhin würden dann auch die ganz bedeutend erhöhten Mieten bestehen bleiben. Die Gehalts- und Lohnerhöhungen hielten damit nicht Schritt. Das Wohnungsmangelgesetz, wie das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz, die alle von den Verbündeten „Industrie, Landwirtschaft und Hausbesitz“ bekämpft würden, müßten weiter bestehen bleiben als Schutzwall. Viele ständen der wichtigen Frage der Wohnangelegenheit vollständig resigniert gegenüber. Dabei sei es unbedingt notwendig, daß wir, wenn wieder gesunde, sittliche Familienverhältnisse eintreten sollen, vor allem für menschenwürdige Wohngelegenheiten sorgen müssen. Diejenigen, die im Besitz einer Wohnung seien, wären oft gleichgültig und fragten nicht danach, daß Tausende nicht so glücklich sind... Die sogenannte Zwangswirtschaft sei in Wirklichkeit eine Planwirtschaft, und deshalb müsse man dafür sorgen, daß sie nicht abgebaut, sondern ausgebaut werde. Es sei selbstverständlich, daß böswillige Mietzinszahler bei dem Mieterverein keine Unterstützung fänden, aber wo wirkliche Not vorhanden sei, da müsse dafür eingetreten werden, daß die öffentlichen Fürsorgestellen einspringen. Redner trat für möglichst hohe Bezahlung der Gemeinden ein, um aus der Mietszinssteuer im Sinne des Gesetzes Wohnungen schaffen zu können. Wer mit den Tendenzen des Mietervereins einig sei, der müsse mit dahin wirken, daß wir wieder in gesunde Verhältnisse hineinkommen, daß auf freiem Boden ein freies Volk leben könne und nicht nur Zinsnechte, und wer da wolle, daß die Gesundheit gedeihen soll, der müsse mitwirken, daß die Mieterschutzgesetze bestehen bleiben... Der Vorsitzende Hultsch forderte am Schluß der Versammlung zum Beitritt in den Mieterverein auf; am Schluß der Versammlung erteilte der Redner einige Auskünfte.